

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Mr. 35.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Ma. pro Quartal zu bezahlen. — Inseratenannahme nur gegen Voranzeigebuchung. — Geldsendungen nur: Postscheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 29. August 1913.

Inserationspreis für die vlg. Zeitzeile 30 Pf. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Venloerwall 2. Telefonat B. 1548. — Redaktionsschluß ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Der Bamberg „Streikbruch“.

Am 14. Juli verließen die sozialdemokratisch organisierten Holzarbeiter der „Bamberger Möbelindustrie (Gustav Gerst)“ den Betrieb. Nach dem Urteil des Betriebsinhabers und unserer dort beschäftigten Kollegen sind die roten Holzarbeiter in den Ausstand getreten. Die Leitung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes aber ist sich anscheinend bis heute noch nicht klar darüber, ob es sich in diesem Falle um einen Streik oder um eine Aussperrung handelt. Es geht ihr wie unentzessenen Kindern, die an den Knöpfen ihres Wamses abhängen, ob sie ja oder nein sagen sollen. Diese Unentschlossenheit deutet auf ein recht böses Gewissen. Zum besseren Verständnis der Vorgänge in Bamberg geben wir nachstehend den Inhalt einiger Aktenstücke wieder; die gleichzeitig ein Beweis sind für die „Ehrlichkeit“ der sozialdemokratischen Berichterstattung:

I. Erklärung. Zur Verichtigung der in den letzten Tagen durch die hiesigen Zeitungen gegangenen Bemerkungen über den in meinem Betrieb ausgetragenen Streik gebe ich nachstehende Erklärung ab:

Nach Einstellung einiger christlicher Arbeiter wurden dieselben wiederholt während der Arbeitszeit agitatorisch behelligt und schließlich auch beschimpft, sodass ich bei dem ersten mit bekannt gewordenen Fall erklärte, dass ich weitere Versuche nach dieser Richtung hin nicht mehr dulden werde. Trotzdem haben zwei Polizisten, dass sie gerade verheiratet sind, tut nichts zur Sache, die Belästigungen und Beschimpfungen wiederholt, sodass denselben ihre Entlassung mitgeteilt wurde. Trotz nicht bestehender Kündigung habe ich aber denselben acht Tage Zeit zur Umschau nach anderer Arbeitsgelegenheit gegeben.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsleitung hat nun vergangenen Montag die Rückzähigmachung der Entlassung verfügt und zur weiteren Besprechung eine Werkstattversammlung für den Abend anberaumt, gleichzeitig hat sie hieron die Mitglieder der Werkstattkommission in Kenntnis gesetzt.

Ohne sich jedoch um die Weisungen ihrer Führer zu kümmern, verliehen die Arbeiter sofort die Arbeitsstätte ohne Angabe irgend eines Grundes; der nachträglichen Behauptung, dass dieses nach meiner Ansicht wohlvorbereitete Beginnen ein Versehen gewesen sei, kann ich keinen Glauben schenken, ich bin vielmehr heute der Ansicht, dass dies nur ein verabredetes Zwangsmittel war, um mich zur Wiedereinstellung der zu Recht entlassenen Arbeiter gefügt zu machen. —

Eine Folge von mir angekündigte Entlassung war lediglich eine Folge der durch die unsichere politische Lage eingetretenen Geschäftsstille, hat aber mit dem Streik nichts zu tun.

Bamberger Möbelindustrie.

Gustav Gerst.

Bamberger Volksblatt, 18. 8. 1913.

II. Bezugnehmend auf die Verichtigung des Herrn Gerst in den hiesigen Zeitungen erklärt die unterzeichnete Ortsverwaltung folgendes:

Es wurde bereits am Freitag, den 11. Juli, ein Arbeiter entlassen, mit dessen Leistung die Firma stets zufrieden war. Ja, er wurde in kurzer Zeit nacheinander zweimal im Lohn aufgebeffert, er wurde angeblich deshalb plötzlich entlassen, weil er mit anderen Arbeitern beim Plaudern betroffen wurde. Das dies aber nur ein gefüchter Grund war, um christlich organisierte Platz zu machen, geht am besten daraus hervor, dass als es sich herausstellte, dass der Arbeiter aus geschäftlichen Gründen zu plaudern gezwungen war, man es von der Gewerkschaft auf die Wehrkraft schob, man sagte nämlich, seit der junge Mann bei Wehrkraft sei, hätte seine Arbeitsleistung nachgelassen usw.

Am Samstag wurden nun wieder zwei Arbeiter (Familienväter) entlassen, damit, dass diese noch acht Tage, wie Herr Gerst schreibt, bleiben können, ist den Arbeitern wenig gedient, dass aber dabei noch ausgesprochen wurde, dass weitere Entlassungen folgen, hat allerdings die Arbeiter derartig erregt, dass sie nach den Verhandlungen am Montag mit Herrn Gerst Aufführung in einer Betriebsversammlung verlangten, dass bei dem Verlassen des Betriebes ein Frratum entstanden ist, beruht auf Wahrheit und geht schon daraus hervor, dass sich eine Anzahl Arbeiter zum Fortgehen ansetzte, dann die Kleider wieder ablegte und dann wiederholt ankleidete. Auch hat Herr Gerst vollständig in seiner Erklärung vergessen, dass verheiratete Arbeiter, die seit Jahren auf ihrem Platz stehen, einfach wegen ledigen zugereisten Arbeitern den ihnen lieb gewordenen Platz verlossen sollten, um jenen Platz zu machen. Das für heute zur Erklärung des Herrn Gerst.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Karl Pelikan.

Bamberger Tageblatt, 19. 7. 1913.

III. In Bamberg befinden sich seit dem 14. Juli die Schreiner, Drechsler, Polsterer und Maschinendarbeiter, zusammen 72 Kollegen, der „Möbelindustrie (Gustav Gerst)“ im Streik. Die Ursache ist, dass die Fabrikleitung in den letzten Wochen ledige zugereiste Bediener einstellte, während Familienväter, die seit langen Jahren in der Fabrik zur Zufriedenheit tätig sind, entlassen wurden.

Holzarbeiter-Zeitung, 26. 7. 1913.

IV. Streik in der Bamberger Möbelindustrie. In einigen kapitalistischen Zeitungen wird die vollständig aus der Lust gesetzte Behauptung verbreitet, dass der Streik in der Bamberger Möbelindustrie (Gustav Gerst) zu Ungunsten der Arbeiter

beendet sei, und dass keiner von den Ausständigen mehr in Arbeit genommen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Erstens dauert der Streik unverändert fort, zweitens ist es bisher keinem der Streikenden eingefallen, darum nachzusuchen, ob sie wieder eingestellt werden oder nicht. Herr Gerst wird recht bald einlehen, wie er von den christlichen Streikbrecheragenten eingeseift wurde.

Deutscher Holzarbeiterverband,
Zahlstelle Bamberg.

Vorwärts, 2. 8. 1913.

V. Ein christlicher Schwindel. Durch die ganze Zentrumsprese geht eine Notiz, mit der der Streikbruch der Christlichen in der Möbelfabrik Gerst in Bamberg durch die unwahre Behauptung zu beschönigen versucht wird, die Arbeiter seien deshalb in den Streik getreten, weil die Firma dem Verlangen, die christlich Organisierten zu entlassen, nicht nachkommen sei. Die Differenzen entstammten sich dadurch, dass in letzter Zeit Arbeiter, die teilweise schon mehrere Jahre im Betriebe waren, entlassen oder gefeuigt wurden, während man auf der anderen Seite junge Leute einstellte. Die Arbeiter verlangten nun, dass die Kündigung zurückgezogen und, wenn Mangel an Aufträgen vorhanden sei, lieber verkürzt gearbeitet werde. Wenn aber die Firma dies nicht wolle, so seien die zuletzt Entlassenen zu entlassen. Diese Maßregel hätte ebensogut Angehörige der verhaschten freien Organisation betroffen. Als die Firma die Arbeiterkommission nicht empfing, verließen die Arbeiter den Betrieb, um sich zu beraten. Darauf wurden sie ausgesperrt. Ein am nächsten Tage unternommener Versuch, mit der Firma zu verhandeln, scheiterte, da diese inzwischen Verhandlungen mit den Christlichen angeknüpft hatte, die ihr auch zu Hilfe kamen und von allen Seiten Streikbrecher heranlossten. Unter dem Schutz der Polizei ist es dann gelungen, den Betrieb zu besetzen. Die christlichen Rausstreizer, die bewaffnet sind, stellten in ihrem Auftreten die Hinzegarde in den Schallern. Um die eigene Schnauze zu verteidigen, wird nun das Märchen von dem „Terrorismus“ der Freien gegen die Christlichen in die Welt gesetzt.

Münchner Post, 17. 8. 1913.

VI. In unserer Holzindustrie verkündet das christliche Verbandsorgan mit Stolz, dass dessen Mitglieder in Bamberg in einer bestreiken Möbelfabrik die meisten Arbeitsplätze in einigen Tagen besetzt hätten. Als Entschuldigung soll gelten, dass die „Genossen“ die Entlassung der christlichen Mitglieder gefordert hätten, was aber durchaus nicht zutraf. Der Unternehmer hatte vielmehr alte Leute gemafregelt, junge dafür eingestellt und gedroht, in diesem Sinne weiterzufahren. Dagegen wehrten sich unsere Kollegen, und erfuhren dann allerdings, dass das ganze eine Machenschaft der Christen war, die sich Arbeitsplätze schaffen wollten.

Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 23, 1913.

Ein großer Schwindel

ist mit vorliegendem durch den roten Holzarbeiterverband zusammengebracht worden. Verfolgen wir die Mischung:

1. Herr Gerst findet die Aussagen, die roten Holzarbeiter hätten irrtümlich den Betrieb verlassen, es handele sich mit ihm nicht um einen Streik, unglaublich.

2. Der rote Führer in Bamberg, Obergenosse Pelikan, stellt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Zahlstelle des roten Holzarbeiterverbandes daraufhin fest, dass das Verlassen des Betriebes doch auf einem Irrtum beruhe. Man will also nicht in den Streik getreten sein.

3. Das offizielle Organ des roten Holzarbeiterverbandes, die „Holzarbeiter-Zeitung“, meldet in seiner Nummer vom 26. Juli, dass die Holzarbeiter der Bamberger Möbelindustrie in den Streik getreten sind. Da für die Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ bereits am 21. Juli Redaktionsschluss war, ist die Notiz spätestens am 20. Juli in Bamberg oder von der Gauleitung in Nürnberg geschrieben worden. Während also in Bamberg selbst das Hinausgehen aus dem Betriebe noch als ein Irrtum erklärt wurde, wird dem eigenen Verbandsorgan zur selben Zeit von einem Streik berichtet.

4. Dass es sich um einen Streik handelt, bestätigt 14 Tage darauf die Zahlstelle Bamberg, deren Vorsitzender, Herr Pelikan, eheben von einem Irrtum schrieb, im soziald. Hauptorgan, dem „Vorwärts“. Von einem irrtümlichen Verlassen des Betriebes ist da keine Rede mehr. Es soll vielmehr noch keinem Streikenden eingefallen sein, um seine Wiedereinstellung nachzusuchen.

5. Im soziald. Hauptorgan Bayerns wird nach geraumer Zeit wieder anders berichtet. Das Hinausgehen aus dem Betriebe war kein Irrtum, sondern erfolgte zum Zwecke der Beratung. Diese Beratung aber nahm der Arbeitgeber zum Anlass der Aussperrung.

6. Bei dem allgemeinen Durcheinander bleibt die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ standhaft in der Anschauung, dass in Bamberg gestreikt wird.

7. Nach Hängen und Bangen in wochenlanger Pein über die Bamberger Vorgänge, stimmt die „Holzarbeiter-Zeitung“ endlich in ihrer Nummer 84 vom 23. August mit denen überein, die von einer Aussperrung reden. Man glaubt den „Dreh“ gefunden zu haben und redet nun nicht mehr vom Streik.

Die „Genossen“ wissen also selbst nicht, was sie taten. Nur soviel scheinen sie heute zu wissen, dass ihnen in Bamberg ein gründliches Exempel statuiert wurde. Hoffentlich ziehen sie die Lehre daraus, dass christlich-organisierte Holzarbeiter für sie kein Feind sind.

Der „christliche Streikbruch“ in Bamberg ist nichts mehr und nichts weniger als ein Akt der Notwehr und der Selbsthilfe. Dafür war es ganz gleichgültig, ob die „Genossen“ wegen der Nichtentlassung unserer Kollegen in den Ausstand traten, oder ob sie sich solidarisch mit jenen traurigen Elementen erklärt, die wegen der Terrorisierung unserer Kollegen entlassen wurden oder entlassen werden sollten. Mögen diejenigen verheilten Arbeiter, die heute dadurch, dass sie sich mit den soziald. Terroristen solidarisch erklärt, arbeits- und brotlos sind, bei ihren Führern sich bedanken. Das Ansehen unseres Verbandes und der Schutz der Überzeugung unserer Verbandsmitglieder, erforderte gebieterisch, dass das Bamberger Terroristenfest ausgestochen wurde. Gegen die eigenen Klassen-Genossen so vorgehen zu müssen, ist fürwahr bedauerlich. So lange diese aber

das Recht der freien Meinung

im Namen sozialdemokratischer Freiheit vergewaltigen, kann gar nicht anders gehandelt werden. Alle Anerkennung verdient derjenige Arbeitgeber, der sich in der Verteidigung des Rechts aller Arbeiter nicht beirren lässt und jener terroristischen Gesellschaft, die in Deutschland bald zu einer öffentlichen Pandemie wird, zeigt, wo Barthel den Mist holt. Jene Terroristen sind es, die fortgesetzt den Scharmachern Material liefern, mit denen diese Buchhauzegegs begründen. Die christlich-organisierten Holzarbeiter achten das Recht der freien Meinung und ihre Leitung würde niemals zugeben, dass ein Streik geführt würde, um die Entlassung anders organisierter Holzarbeiter durchzusetzen, oder zur Rückstärkung von Mitgliedern, die sich so weit vergeßen hätten, Mitarbeiter wegen ihrer Gesinnung zu terrorisieren. Wo der Kampf um die Meinung ausgefochten werden muss, da soll es geschehen, ohne die persönlichen Träger dieser oder jener Meinung in ihrem Fortkommen und bei der Erwerbung des täglichen Brotes zu schädigen. Wer dafür kein Verständnis hat, zählt nicht zu den anständigen Menschen.

Der rote Tagessprese und ihren Stribenten ist längst jedes moralische Empfinden abhanden gekommen. Die Lüge stampft man zur Wahrheit, den Unsinne preist man als Vernunft. „Münchener Post“ und „Düsseldorfer Volkszeitung“ bringen es fertig, die aus Idealismus ihren bedrängten Kollegen in Bamberg zu Hülfe eilenden christlichen Holzarbeitern, mit den Früchten sozialdemokratischer Moral, den „Kaschmenenbrüdern“ und „Hinzegardisten“ auf eine Stufe zu stellen. „Qui Teufel!“ solchen Gazetten, die ihre Aufgabe darin finden, irregeleiteten Arbeitern auch den letzten Rest von dem zu nehmen, was sie zu klarem Schauen befähigt!

Die Bamberg Vorgänge erfuhren eine gründliche Beleuchtung in einer

großen Volksversammlung zu Bamberg

am 16. August. Kollege Erpenbeck-Nürnberg sprach hier über das Thema: „Der Gewaltakt der roten Holzarbeiter in der Bamberger Möbelindustrie und das Verhalten der „freien“ Gewerkschaften“. Schon längst vor Beginn der Versammlung war der große Saal des Gesellenhauses dicht besetzt. Seit langem hat Bamberg eine solche Versammlung nicht mehr gesehen. Ersteitend wies Kollege Erpenbeck auf die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung hin. Die gegenseitige Bekämpfung der einzelnen Richtungen nehme manchmal Formen an, die nicht mehr sinnig zu nennen seien. Die Arbeiter selbst wären dabei schließlich die Leidtragenden. Von den „freien“ Gewerkschaften werde den christlichen Organisationen jede Christenberechtigung abgesprochen. Man scheue sich nicht, dort, wo man die Kraft hätte, die christlichen Arbeiter außer Brot und Arbeit zu bringen. Der Redner führte eine Reihe von krassen Fällen an, die deutlich zeigten, wie tiefe die Moral in den Kreisen der soziald. Gewerkschaften gesunken ist. Ließen sich die christlichen Gewerkschaften dieses nicht zuhören und mehrten sie sich ihrer Haut, dann heiße es im roten Blätterwald: „Seht diese christlichen Streikbrecher, die Arbeitsverräte!“ usw. Auch gegenwärtig gehe von Bamberg aus wieder dasselbe Gefüre durch die gesamte sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse. „Riebeitacht der christlichen Holzarbeiter in Bamberg.“ „Schon wieder eine christliche Streikbruchfäre.“ „Ein neues Denkmal der Schande“ usw. heißen die geschmacklosen Überschriften in den roten Zeitungen.

Was haben denn eigentlich die christlichen Holzarbeiter in Bamberg begangen? Drei christliche Holzarbeiter haben sich die Freiheit genommen, ohne Erlaubnis des deutschen sozd. Holzarbeiterverbandes, in der Bamberger Möbelindustrie, die bisher ausschließlich

eine Domäne des deutschen sozd. Holzarbeiterverbandes

war, zu arbeiten. Und dieses allein, war in den Augen des roten Holzarbeiter Bambergs die bisher allein das Recht für sich in Anspruch nahmen, in diesem Betrieb zu arbeiten, ein Verbrechen, das bitter gerächt werden musste. Wenn in der sozialdemokratischen Presse die Sache so hingestellt wird, als wenn in der Bamberger Möbel-

Industrie fortwährend verherrlichte Mitglieder des deutschen sozd. Holzarbeiterverbandes entlassen wären, und dafür christliche Arbeiter eingestellt worden seien, so ist dieses eine

Bergerwaltung der Wahrheit.

Wenn Herr Pelikan, „seines Reichens Gewerkschaftsfreund“ und Vorsitzender des deutschen sozd. Holzarbeiterverbandes, Bahlstelle Bamberg, in einer öffentlichen Versammlung, laut Bericht des sozialdemokratischen „Volkstreundes“, daselbe behauptet, so hat er eine Unwahrheit gelagt. Außergewöhnlich kann nachgewiesen werden, daß die Herrn Pelikan zutreffend geworbenen Informationen, solche Behauptungen Lügen tragen. Tatsache ist, daß schon seit Jahren in der Bamberger Möbelindustrie überhaupt kein verheirateter Arbeiter entlassen wurde, mit Ausnahme eines Bildhauers, dessen Entlassung die Roten über selbst verlangt und durchgesetzt hatten, weil er nicht sozialdemokratisch organisiert war.

Als die drei christlich organisierten Kollegen in der Holzindustrie angegangen waren, setzte sofort die Bekleidungsverzüge der „Genossen“ ein; erst in der bekannten freundlichen Weise. Und als dieses unsaum war, wurde es eben anders gemacht. „Schwarze Lumpen“, „Schufte“, „christliche Streitbrecher“, „Bagabunden“ usw., das waren die Kosenamen, die unsere Kollegen jeden Tag zu hören bekamen. Rufe wie:

„Wir sorgen schon, daß es mit Euch bald anders wird“, oder „Es ist eine Freiheit, daß Ihr in einer „freien Siede“ arbeitet“, waren zu hören. Fühlte ein Werkzeug, dann hatte es einen „schwarzen Lump“ genommen. Ja, man hat sich nicht gegen, tatsächlich gegen unsere Kollegen vorgezogen. Die Kollegen schworen sich wegen dieser „Brüderlichkeit“ beim Direktor, mit dem Esch, daß dieser jedem die Entlassung anbringe, der noch weiter die christlichen Arbeiter während der Arbeitszeit belästige. Einige Tage war Ruhe, dann ging die alte Geschichte wieder los. Daraufhin wurden die zwei Genossen, Satzgeber und Vorhaupt, von denen sich besonders der letztere hervorgetan hatte, von ihrer Entlassung in Kenntnis gesetzt. Ein zweiter Stand lag zur Rücksichtigung der beiden nicht vor. Damit schloß der erste Teil der Vorgänge in der Bamberger Möbelindustrie.

Der zweite Teil folgte sofort nach. Am Montag, den 14. August, wurden morgens früh der Gauleiter Stein-Rabenberg und der deutsche sozd. Führer Pelikan bei der Firma vorstellig. Sie verlangten die Zurücknahme der beiden Entlassungen und die

Entlassung der jüngst eingestellten Leute.

Dass die jüngst eingestellten christlich-organisiert waren, braucht wohl nicht oft erwähnt zu werden. Der Direktor war diesmal nicht ohne weiteres geneigt, auf die Wünsche der „Genossen“ einzugehen. Die beiden Führer machten so respektlos das Konto der Firma verloren. Als dieses die „Genossen“ im Betrieb geweckt wurden, ließen sie sofort, 72 Mann hoch, heraus. Unsere Kollegen blieben selbstverständlich im Betrieb. Nach einer Stunde kam der Herr Pelikan zurück und erklärte dem Direktor, daß die Leute aus dem Betrieb gelassen seien, wäre lediglich ein Rücksichtnahme, sie hätten nur etwa eine Betriebsversammlung erhalten wollen. Sie wollten mittags wieder anfangen, und man höre und staune, man wäre bereit, mit den Christlichen weiter zu arbeiten. Doch der Führer habe kein Verständnis für dieses Misverstehen. Es wurde Herrn Pelikan erklärt, daß die Leute

etwa jeden Stand während der Arbeitszeit weggelassen

träten, er habe keinen Grund, die Leute wieder zu nehmen. Nun sei Holland in Sitz. Wie sollte ein solches Vergleich gegenüber der Ausweitung des sozd. Sachabtes und der Deffensivität gegenüberstehen? Doch Pelikan wußte gut, Sicherhaftig erfuhr er, dass man nicht mit ihnen einen einzigen

„sichige Sieg“

siegen. Wenn die sichige Siege ausgebunden werden sollte, der Deffensivität, aber der Betriebs-Sachabte, darüber hat sich der Herr Pelikan wohl näher ergründigt.

So was was jetzt die Frage heraus: „Welche Stellung sollen wir zu der Sache einnehmen?“ Das ist das Ergebnis der „Genossen“ aus schließlich gegen die Mitglieder unseres Verbandes

richtete, ging aus dem ganzen Verhalten der „Genossen“ hervor. Wenn's anders gewesen wäre und die „Genossen“ geglaubt hätten, es sei Ihnen Unrecht geschehen, dann hätten sie uns sicher davon in Kenntnis gesetzt. Sonst wissen sie bei jeder Kleinigkeit die Telefonnummer unseres Bezirksleiters. Warum hat man sie diesmal denn nicht gewußt? Über man richtete Beschwerden über das Verhalten unserer Beamten an unsere Zentrale; das ist auch schon vorgekommen. Man hat das aber nicht getan. Bei den Borkommissionen in der Möbelindustrie hat es sich eben nur darum gehandelt, unsere Mitglieder

außer Brot und Arbeit

zu bringen. Nach Lage der Sache blieb uns nichts anders übrig, als den Betrieb mit unseren Kollegen zu besetzen, damit solche Borkommissionen für alle Zukunft vermieden werden.

Wenn wir heute, nachdem der Betrieb vollständig mir unseren Kollegen besetzt ist, uns nochmals alle Borkommissionen vor Augen führen, so können wir mit ruhigem Gewissen erklären, daß wir das Recht gegen das Unrecht verteidigt haben. Als Kollege Expende erklärt, wenn die Roten nochmal so handeln würden, wie sie es in der Bamberger Möbelindustrie getan hätten, dann gingen wir wieder genau so vor und nicht anders, da durchaus ein Beihalssturm die Versammlung, der gar kein Ende nehmen wollte. Ein Beweis, daß die ganze Versammlung voll und ganz mit dem Vorgehen unseres Verbandes einverstanden war. Kollege Expende führt dann fort: Wir nehmen für uns und unsere Mitglieder das Recht in Anspruch, zu arbeiten wo wir wollen, unser Brot in Bamberg genau so gut zu verdienen wie anderen. Und wer immer uns daran hindern will, dem werden genau so gut einen Denkfeind verabfolgen, wie diesmal den Terroristen in Bamberg.

Heute schreit man in alle Welt hinaus, wir hätten verheiratete Arbeiter brotlos gemacht. Das ist nicht wahr. Diejenigen, die verheiratete Leute brotlos gemacht haben, sind anderwo zu suchen. Es sind jene Führer, die ihre Leute so übel beraten haben, die die Leute so verachtet haben, daß sie sich weigern, mit christlich organisierten Kollegen zusammen zu arbeiten. Wer war es, der vor einigen Monaten den Bildhauer Greim brotlos gemacht hat, der die Entlassung dieses verheirateten Mannes in derselben Möbelindustrie verlangte? Das war derselbe Mann, der jetzt so laut Peter und Paulus schreit, der Führer der Bamberger „Genossen“, Pelikan. Was hatte der Bildhauer Greim eigentlich verbrochen, daß er aus der Möbelindustrie heraus musste? Der Mann hatte, man höre und staune, das „Verbrechen“ begangen, eines Erlasses des jüngst eingestellten sozialdemokratischen Ver-

sammlung zu erreichen.

Und deshalb hat man die Entlassung verlangt und durchgesetzt. Man hat sich nicht gefeiert, dem Arbeitgeber zu sagen, daß der Mann den Lohn nicht verdiente, den er verdiente. Die unorganisierten Bambergers sollten sich dieses Vergehen eines sozialdemokratischen Arbeitnehmers merken. Vielleicht steht ihnen später einmal dasselbe Schicksal, wenn sie sich nicht rechtzeitig um sich selbst kümmern.

Unsere Kollegen, die in der Möbelindustrie arbeiten, hat man als „Kuckuckskübel“, die „aus allen Fenster zusammen geflossen“ seien, als Leute die vielleicht mal eine Möbelbank gehauen hätten, bezeichnet. Gegen solche Verdächtigungen brauchen wir nicht zu protestieren. Derartige Anwürfe erreden uns nicht. Was die Leistungsfähigkeit betrifft, können es die Arbeiter, die jetzt in der Möbelindustrie beschäftigt sind, sicherlich mit denen aufnehmen, die früher dort waren. Heute schreit man „Streitbrecher!“ Wir wollen die Männer richtig forcieren lassen. Die eigentlichen Streitbrecher sind ganz anderwo. Kollege Expende führte eine Reihe von Fällen an, wo die Roten jünger Streitbrecher gemacht haben; teilweise sogar ihren eigenen „Genossen“ in den Rücken gefallen seien. Und wie steht es hier in Bamberg aus? Wie sind die Leute und Arbeitgeber hier? Wenn die Roten in der Praxis jünger gelebt hätten, wie sie schreien, dann müßten in Bamberg die besten Sozial- und Arbeitverhältnisse bestehen. Das ist nun allerdings nicht der Fall. Man hat nämlich auf den „Christen“ hingewiesen, sich um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber wenig gekümmert. Mit einem begeisterten Appell an die Bamberger Arbeiterschaft aus den Vorfällen zu lernen, und für Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu sorgen, damit alles

Terrorgelüste der „Genossen“ für alle Zukunft ein Siegel vorgeschnitten würde, schloß Kollege Expende.

In der Aussprache redeten die Kollegen Haas, Roppelt und Dengl sowie ein Vertreter der Bürgerchaft. Kollege Haas dankte vor allen der Bamberger Bürgerchaft, sowie besonders dem „Bamberger Volksblatt“ für das kräftige Eintragen für die Sache der christlichen Arbeiter und verlas eine Resolution der Bahlstelle München unseres Verbandes, nach welcher die Mitglieder der Bahlstelle München voll und ganz mit dem Vorgehen der Bamberger Kollegen einverstanden sind und ihnen den Dank abstellen, für die Abwehr sozialdemokratischen Machtbücks.

Kollege Roppelt sprach im Namen der Bamberger christlichen Gewerkschaften und gab den Holzarbeitern die volle Sympathie kund. Er streite dann noch das Vorgehen der Roten, welches darauf hinausliegt, durch Belästigungen, Schimpfen, Feiern, selbst Tätilkeiten den zugereisten christlichen Arbeitern das Leben so schwer zu machen, daß sie Bamberg wieder verlassen sollten. Er sprach die Bitte aus, sich durch nichts beirren zu lassen, sondern auszuhalten. — Die Versammlung sah einstimmig folgende Resolution:

„Die heute im katholischen Gesellenhaus stattgehabte sehr stark befürte öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von dem Gewaltakt der roten Holzarbeiter in der „Bamberger Möbelindustrie“.

Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen die versuchte Brotdrohung christlich organisierter Holzarbeiter und gegen die versuchte Erfüllung der öffentlichen Meinung durch unwahre Verlegerstellung in der Tagespresse.

Die Versammlung erklärt sich mit den um ihr Recht kämpfenden christlichen Holzarbeitern solidarisch und dankt ihnen für das mannhaftes Eintrreten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerrechte.

Die Versammlungen verpflichten sich, mit aller Entschiedenheit einzutreten für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften und fordern alle Anwesenden auf, sich unverzüglich denselben anzuschließen, um dem sozialdemokratischen Terrorismus auch für die Zukunft mit aller Entschiedenheit entgegentreten zu können.“

Für die Resolution stimmten auch die anwesenden „Genossen“, vorer „Größen“ sich aber von der Versammlung fern gehalten hatten. In seinem Schlusswort konstatierte Kollege Expende, daß während der Aussprache zwei bisher rot organisierte Holzarbeiter zu ihm gekommen wären und erklärt hätten, wenn die Sachen so lägen, bleibten sie nicht länger Mitglieder des deutschen sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes; sie hätten ihre Mitgliedsbücher abgegeben, um zum Zentralverband christlicher Holzarbeiter überzutreten. Verschiedene Arbeiter, die früher in der Möbelindustrie beschäftigt gewesen seien, wären in den letzten Tagen schon übergetreten. Eine Anzahl Leute haben ebenfalls die Erklärung zum

Übertritt

abgegeben, aber gebeten, noch einige Tage zu warten, weil sie den Terror ihrer bisherigen „Brüder“ fürchten.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter sollte in Bamberg vernichtet werden. Das Gegenteil ist eingetreten. Ehrenvoll und gestadet sind wir aus der Bewegung hervorgegangen, während die Roten eine Schlappe erhalten haben, an die sie noch lange denken werden. Heute gilt es auf der ganzen Linie an die Arbeit! Vor allem müssen die Mitglieder der Professionellen Verbände, die bisher aus Menschenfurcht bei den Roten waren, in unsern Reihen. Wir glauben, den Beweis erbracht zu haben, daß es in Bamberg nicht mehr notwendig ist, um Arbeit zu erhalten, sozialdemokratisch organisiert zu sein. Mögen sich die alten gut christlich gebliebenen Arbeiter Bamberg's, die noch im roten Lager stehen, ein Beispiel nehmen an den Kollegen, die nach Bamberg gekommen sind, die alles, sogar ihr Leben, auf Spiel gesetzt haben, um die gerechte Sache der christlichen Holzarbeiter zum Sieg zu führen. So lange wir noch Mitglieder in unseren Reihen haben, die von solchem Idealismus und Opfergeist beseelt sind, so lange brauchen wir keine Sorge um die Zukunft unserer Bewegung zu haben.

Mit einem brausenden Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung wurde die bewundrige Versammlung von dem Vorsitzenden, Kollegen Wittekind, geschlossen.

Etwas vom Wetten.

Sa. — Vor einiger Zeit brachte ich ein Spieldaten. Als ich berichtete ich, wie vor jedem Rennen ein Mann auf dem ersten Platz zu den Schautafeln ging, die ihn von dem zweiten trennten, weil eine zeitlang verhandelt, Geld erzielt und dafür ein Totalisator für seine Mitbewohner, die Wähler abzählte. Die Wähler rechneten sich fast mit dem zweiten, bis alle ihr Geld besser hätten einklagen können.

„sichige Sieg“

zählen. Wenn die sichige Siege ausgebunden werden sollte, der Deffensivität, aber der Betriebs-Sachabte, darüber hat sich der Herr Pelikan wohl näher ergründigt.

So was was jetzt die Frage heraus: „Welche Stellung sollen wir zu der Sache einnehmen?“ Das ist das Ergebnis der „Genossen“ aus schließlich gegen die Mitglieder unseres Verbandes

8 Prozent, jedoch in Frankreich die Quoten der Wetten für den größeren Zufallsgewinner tatsächlich höher sind als bei uns. Zufallsgewinnen werden täglich Hunderttausende — es ist diese kleine Liebhaberei — nach Frankreich“ gewettet, wie es so schön im Sportjargon heißt. Allerdings wenden die Spieler nicht nach Frankreich — auch ein Zerk — sondern der deutsche Buchmacher, der allein solche Wetten annimmt, arbeitet für seine eigene Tasche; es ist der Klügste bei dem ganzen Geschäft, er hat den größten Zuwachs, nicht die andern Wettenanzieher; denn bei ihm gibt es auch Kredit; bei ihm kann man auch einen tollen Gewinn aus dem ersten Rennen, auf ein Stück im folgenden sehen, um so den Gewinn zu steigern — oder alles zu verlieren. Doch zahlt er als Gewinn nur das Zweizigfache des Einsatzes oder höchstens 200 RM, was die tatsächlich gezahlte Summe beim amtlichen Totalisator noch so hoch sein. Die Buchmacher müssen sich also vor Betrüfern zu schützen; früher allerdings blieben auch sie nicht vor Betrüfern geschützt; bis nachmittags 5 Uhr nahmen sie Wetten entgegen; später aber hatten gerissene Wetter durch gute Drahtverbindungen mit Frankreich schon die ersten Rennresultate erfahren, bemerkten und wachten sie dann ihre Einsätze.

Noch einiges weitere über die Dummheit der passionierten Bettler, auf die das ganze Sportinteresse aufgebaut ist, daß eine Korruption faktisch Seite darstellt. Jeden Morgen kann man in Sportblättern lesen, wie toller, hoch ausprobierter Stellungs-

oder „Scheinwett“ erzieltes werden. Das Honorar kommt zwischen 5 und 10 RM; manche sind allerdings so beobachtet, wie 50 RM zu setzen; sie bekommen sie auch. Waren viele Dutzendtausend des Sports täglich informiert über das wahlfreie Rennen eines Stückes, — vor allen Zufällen und Zufälligen Dingen, wie Star, abhäufiges (!) jüngstes Teilen der Rennen abgerichtet — dazu mündet ja die Spezialität sicher sorgfältig weiter, um nicht die Höhe der Quoten zu drücken, wenn viele andere auf das Stück setzen. Manche Bureau's haben jeden Wagen besondere von Zieglerzetteln an ihre Abenteurer, — auch solche gibt es — mit Angabe des Wertes des „Spielzettels“ werden und. Natürlich werden nicht alle die gleichen Wette gedreht, sondern nur diejenigen, die hoffendes Lustspiel haben, das Rennen zu gewinnen. Ganz genau kann man Abenteuer nicht auf die Höhe des Sieges schätzen, aber das kann sie werden, wie sie das Spiel eines gleichzeitigen Zettels genannt wird. Alle früheren Bettler sind vergessen, und mit fröhlichem Herzen reden sie von den Abenteuern, Wettbewerb und Reichtum, die sie nie gekannt haben und nie mehr werden.

So geht es Tag auf, Tag ein, bis der genüge und lebhafte Sportinteressent vollständig ist. Daß jeder einzelne nicht

gegeben, daß eine ungeheure Zahl von Egisten durch das Wetten zugrunde gerichtet ist, und noch täglich mehrt sich die Zahl. Denn hat jemand einmal Freude an diesem „Sport“ gefunden, nur zu leicht geschieht dies, so verliert er bald die Lust an geheimer Arbeit. Schon früh morgens verläßt er die Arbeitsstätte, um in der Kneipe oder im Cigarrenladen die Starterliste einzusehen und den Weltzettel dem Buchmacher zu übergeben. In fieberhafter Ungeduld vergeht der Tag — zum Nachteil der Betriebsarbeit, die den ganzen Menschen, auch den Geist für sich fordert. Am Spätnachmittag geht es wieder in die Kneipe, um hinter dem Bier in peinigender Unruhe, hinter der Maske mehr oder weniger gut gespielter Ruhe, die Rennresultate zu erwarten; in jedem Lokal, wo derartige „Sportläden“ verkehren, kann man solche Bilder beobachten. Ein Gewinnstag schließt zu oft mit einem wässrigen Kniegelenk ab, in Gesellschaft von „Damen“, die man auf jedem Hennplatz antreffen kann. Wie gewonnen, so zertonnien. Verluste bringen den Bettler in eine hämmerliche Gemütsstimmung, die es am besten im Alkohol erträumen zu können glaubt; betrübende häusliche Ecken lassen nicht auf sich warten. Eins ist immer sicher: die dauernde Nervenanspannung, verbunden mit Alkoholgenuss, führt zur Nervenzerrüttlung, Arbeitsunlust, Störung des Familienlebens, ja nicht selten zur Beschleierlaufrahn, da der Buchanalismus immer stärker das Innere des Menschen durchdringt.

Was ist bisher geschehen, um dem Weltzettel einigermaßen zu steuern? Wenig, recht wenig. Zunächst gilt es, Aufklärung zu verbreiten über das Unsinige des Wetten, die Trick aufzudecken, auf die die Leichtgläubigen hereinfallen. Dann aber ist notwendig, den Buchmachern ihre unfaulsten Gewerke zu legen. Es gehört wirklich nicht viel Intelligenz dazu, bei einfrem Eisen dem Unwesen zu steuern, die Buchmacher zu ermitteln, um sie der Strafe entgegenzuführen. Nicht amtliche Wettkisten aber ist Deutschland einzuführen, hieße den Tausend durch Beelzebub aufzuteilen. Ein Radikalmittel wäre das gänzliche Verbot zu wetten wie es z. B. in Holland besteht; aber dadurch würden die Einnahmen des Staates schwer geschädigt werden; denn die Totalisatorzulage in Form einer Steuelpflicht werden zur Hälfte in das Reich, zur anderen Hälfte an die Bundesstaaten zur Hebung der Pferdezucht abgeführt. Von dieser Seite also wird kaum eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten sein. An die maßgebenden Stellen aber ergeht die Forderung, mehr als bisher diesen Dingen ihr Augenmerk zuzuwenden, wenn nicht der Wohlstand weiterer Kreise auch in Zukunft schwer betroffen werden soll.

Das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen.

Bekanntlich besteht zwischen Krankenkassen und Ärzten ein scharfer Gegensatz über das Kassenarztsystem und die Zahlung der gewährten ärztlichen Leistungen. Die Ärzte, die vornehmlich in dem über Deutschland verbreiteten sogenannten Leipziger Verbund organisiert sind, verlangen die weitgehendste Durchführung der freien, bzw. organisierten freien Arztwahl. Die Kassen sollen nur mit den ärztlichen Orts- und Bezirksvereinen des Leipziger Verbandes Verträge abschließen und nur Mitglieder dieser Bezirksvereine sollen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Ärzte verlangen also das, was die nicht sozialdemokratischen Gewerkschaften an den sozialdemokratischen Gewerkschaften scharf zu tadeln haben. Das Bestreben der sozialdemokratischen Gewerkschaften geht ja auch dahin, Tarifverträge mit den Arbeitgebern abzuschließen, in denen diese verpflichtet werden, nur Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu beschäftigen.

Die Ärzte verlangen des weiteren (und zwar ist das alles niedergelegt in ihren ärztlichen Musterverträgen, die lezthin vom Elberfelder Arzttag genehmigt worden sind) eine unterschiedliche Bezahlung für gewährte ärztliche Leistungen an niedrig bezahlte und höher bezahlte Kassenmitglieder. Auf beide Forderungen können die Kassen nicht eingehen, denn an vielen Orten wäre die freie, bzw. organisierte freie Arztwahl für die Kassen ein Blum. Da, wo die freie Arztwahl sich durchführen lässt, sind auch die christlichen Arbeiter dafür. Letztere müssen sich aber ganz besonders gegen die Forderung des Leipziger Arztleverbands wenden, daß die Kassen mit ihm bzw. seinen Bezirksverbänden Monopol-Tarifverträge abschließen sollen. Damit sanktionieren die nicht sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands die leider schon vielfach bestehenden Monopolarisierungen sozialdemokratischer Gewerkschaften. Und daß die Krankenkassen sich gegen die geschilderte differenzierte Bezahlung der ärztlichen Leistungen wenden, ist schon um deswillen ganz selbstverständlich, weil der Prozentsatz der Beiträge von den hoch bezahlten Arbeitern nicht höher sein darf, wie von den niedrig bezahlten Arbeitern. So schreibt es das Gesetz vor. Es ist den Kassen also einfach nicht möglich, diese Forderungen des Leipziger Arztleverbands zu erfüllen. Die Presse berichtet nun, daß vielerorts die Ärzte ihre Verträge mit jenen Krankenkassen, die auch nach Inkrafttreten der Reichs-Versicherungs-Ordnung am 1. Januar 1914 noch weiter bestehen, kündigen. Für die vielen neu zu errichtenden allgemeinen Ortskrankenkassen gemäß den Vorschriften der RVO müssen ja so wie so demnächst die Beziehungen zu den Ärzten geregelt werden. Wir werden also, wenn nicht alle Zeichen sagen, in der nächsten Zeit zu einem vertraglosen Zuende zwischen Kassen und Ärzten kommen. Der Leipziger Arztleverband verlangt bei dem neuen Arzttarifvertrag mit den Krankenkassen die Berücksichtigung seiner Forderungen und die Kassen erklären mit Recht, darauf nicht eingehen zu können. Das bedeutet, wenn nicht früh genug eine Einigung zwischen Kassen und Ärzten über die strittigen Punkte zu Ende kommt, einen Arzttarifvertrag in dem Sinne, daß die Ärzte die Kassenmitglieder nur noch als Privatpatienten und nicht als Krankenkassenpatienten behandeln. Nach dem jetzt noch geltenden Krankenversicherungsgesetz könnte, wenn eine Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten nicht zustande kam, die oberste Verwaltungsbehörde über den Kopf der Kassen einen Vertrag mit den Ärzten schließen, ja sie müßte es in gewissem Sinne, wenn ohne einen solchen Vertrag die ärztlichen Hälseleistungen für die Versicherten nicht sicher gestellt wären. Die RVO nun, die die Verträge zwischen Kassen und Ärzten wie bisher der freien Vereinbarung der Beteiligten überläßt, hat in § 370 Vorlesung dahn getroffen, daß, falls die Krankenkassen mit den Ärzten keine geeigneten Verträge zu schließen imstande sind, das Überversicherungsamt auf Antrag die Kassen von der Gewährung der freien ärztlichen Behandlung befreien und dafür den Kassen auferlegen kann, ein entsprechend höheres Krankengeld zu gewähren. Man will mit dieser Beslimmung den Krankenkassen die Möglichkeit geben, sich gegen ungebührliche ärztliche Forderungen zur Wehr zu setzen.

So begrüßenswert dieser § 370 im Interesse der Kassen ist, so ist doch seine Anwendung nur im Notfälle empfehlenswert, denn wichtiger wie eine Barleistung ist für den Krankenversicherten die freie ärztliche Behandlung. Jeder, dem es einerseits an dem Frieden zwischen Kassen und Ärzten gelegen ist und andererseits den sozialen Fortschritt der freien ärztlichen Behandlung möglichst angewandt sehen will, drängt deshalb auf eine Einigung zwischen Kassen und Ärzten. Im vergangenen Herbst hat der Staatssekretär des Reichsemtes des Innern denn auch Einigungsverhandlungen zwischen den Kassenverbänden und den Arztleverbänden anzubahnen versucht. Diese Bemühungen sind aber gescheitert an dem Verhalten des Leipziger Arztleverbands. Er verlangt, daß eine Gegenorganisation des Leipziger Arztleverbands, der Reichsverein der Ärzte Deutschlands, Sitz Bonn, von diesen Einigungsverhandlungen zwischen Kassen und Ärzten ausgeschlossen bleiben solle. Das lehnte der Staatssekretär mit Recht rundweg ab. Und ganz besonders die nicht sozialdemokratischen Organisationen müssen diese Haltung des Staatssekretärs entschieden billigen; täten sie es nicht, so gäben sie den schon vielfach sich gezeigten Bestrebungen, die nicht sozialdemokratische Gewerkschaften von Einigungsverhandlungen mit den Arbeitgebern auszuschließen, Recht. Die nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen müssen sich somit aus den gegebenen Gründen entschieden vornehmlich gegen folgende zwei Forderungen des Leipziger Arztleverbands wenden:

1. gegen den Abschluß von Monopolverträgen des Leipziger Verbandes mit den Krankenkassen;

2. gegen den Abschluß einer anderen Arztesorganisation von den Einigungsverhandlungen.

Wenn die nicht sozialdemokratischen Organisationen sich in dieser Beziehung nicht entschieden gegen den Leipziger Arztleverband wenden würden, dann würden sie sich selbst aufgeben. Doch zurück zu den geschilderten Bemühungen des Staatssekretärs des Reichsministers des Innern. Er hat auf den Beschluss des ersten Kongresses des nationalen Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen zu Essen-Nord vom 22. bis 24. Juni d. J., der Vorstand dieses Verbandes möge in einem Schreiben den Staatssekretär bitten, nochmals Einigungsverhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen anzubahnen, eine ablehrende Antwort gegeben. Die Gründe dieser Ablehnung können hier unerörtert bleiben, weil sie mehr auf dem Gebiete der behördlichen Aussicht über die Krankenkassen liegen. Die bayrische Regierung hat nun in der letzten Zeit versucht, eine Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten für das Königreich Bayern herbeizuführen. Die bei diesen Verhandlungen beteiligten Ärzte- und Krankenkassenvertreter haben sich denn auch auf einen sogenannten Mustervertrag, der sich auf bestimmte Grundsätze festlegte, geeinigt, vorbehaltlich der Zustimmung der Arztleverbände und der Krankenkassenverbände. Von beiden Seiten, also von den Arztle- und Krankenkassenverbänden wurde gegen diesen bayrischen Mustervertrag Sturm gelauft. Den Ärzten, besonders dem Leipziger Verbande, geht er nicht weit genug und den Kassenverbänden geht er hingegen zu weit. Und auch in diesem Falle müssen wir uns auf die Seite der Kassenverbände stellen. Daraus nun den Schluß zu ziehen, daß wir unter allen Umständen jede Haltung der Krankenkassen gegenüber den Ärzten billigen, wäre grundsätzlich. Wir halten vielmehr die Stellung des nationalen Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen für die richtige. Dieser Verband ist weder für die extreme Haltung des sozialdemokratischen Dresden-Dresdner Krankenkassenverbandes, noch des deutschen Betriebskrankenkassenverbandes, Sitz Essen, in der Frage des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten. Dieses Verhältnis kann aber nicht so geregelt werden, daß es den Rücken der Kassen bedeutet; das würde bei dem bayrischen Mustervertrag für die kleineren Kassen ganz sicher der Fall sein. Dann aber auch ist der bayrische Mustervertrag widersprüchsvoll und unklar. Er sieht z. B. ein Schiedsgericht vor, daß evtl. über das Arztsystem entscheiden soll, ohne daß dieser Spruch eine Bindung für die Ärzte bedeutet. Für die Krankenkassen würde ein solcher Spruch insoweit eine moralische Bindung bedeuten, als sich kaum ein Überversicherungsamt finden würde, den Kassen die Anwendung des § 370 der RVO zu gestatten, wenn die Kassen sich nicht einem Schiedsspruch unterwerfen wollten, der unter der Leitung von Beamten des Überversicherungsamtes gefällt worden ist. Somit wäre eine Krankenkasse bei dem Schiedsspruch schlechter gestellt, wie die Ärzte. Zudem nehmen die Arztleorganisationen auch nicht die geringste Verpflichtung auf sich, ihre Mitglieder zu „zwingen“, nun aber auch die Krankenkassenmitglieder zu behandeln. Wohingegen die Krankenkassen natürlich gezwungen sein sollen, jeden Arzt zur Behandlung zugelassen.

Die Krankenkassen Hauptverband Deutschlands, daß sind der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden, der Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen, der Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen, der Allgemeine deutscher Knappshäuserverband, Berlin, der Verband deutscher Innungsrankenkassen, Hannover, die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin, haben in einer Sitzung am 4. August in München zu dem bayrischen Mustervertrag zwischen Ärzten und Kassen Stellung genommen und ihn rundweg abgelehnt. Der Erklärung dieser Verbände, die in den Organen der Verbände veröffentlicht wird, die den einzelnen staatlichen Regierungen zur Kenntnis zugesandt ist und die an die Tagessprese zur Veröffentlichung gesandt wurde, entnehmen wir folgendes:

„Der Bayerische Staatsanzeiger veröffentlicht eine „Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten in Bayern“, woraus vielfach gefolgt werden ist, daß die Einigung bereits vollzogen sei. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich hierbei gemäß der erzogenen Einladung lediglich um unverbindliche Befreiungen einer zwischenzeitlichen Vertreter von bayerischen Ärzten und bayerischen Krankenkassen gehandelt hat. Die Zustimmung der beiderseitigen Verbände, also auch der Krankenkassenverbände, ist bei den Verhandlungen über den vorgelegten Entwurf eines Abkommen ausdrücklich vorbehalten worden. Die beteiligten bayerischen Krankenkassenverbände, soweit sie dazu schon Stellung genommen haben, lehnen das Abkommen in der vorliegenden Form ab. Befremden und entschiedenen Widerspruch muß es aber vollends hervorruhen, daß die Königliche Bayerische Regierung durch einen Erlass die Versicherungsträger auffordert, die Krankenkassen, die über den Sachverhalt nicht unterrichtet sein können, zu veranlassen, sich alsbald über die Annahme des Vertrags schriftlich zu machen und ihre Erklärung darüber abzugeben.“

Die Grundsätze der Vereinbarung opfern in den wichtigsten Fragen die Interessen der Kassen den Interessen der Ärzte ohne Gegenleistung. Sie begünstigen ganz einseitig die Forderungen der Ärzte, wie sie vom Leipziger Verband aufgestellt sind. Die Vereinbarung sichert den Kassen trotz aller Opfer nicht einmal die ihnen gesetzlich auferlegte ärztliche Behandlung ihrer Mitglieder. Die Verbände der Krankenkassen sind daher außerstande, der Vereinbarung ihre Zustimmung zu geben. Sollten trotz aller Bedenken die in der Einigung niedergelegten Grundsätze auch ohne Zustimmung der Kassen tatsächlich maßgebend werden für die Entscheidungen der Versicherungs- und Verwaltungsbehörden, so müßte die Verantwortung für die verbleiblichen Folgen für die Versicherten in vollem Umfang der Regierung überlassen bleiben. Eine Zustimmung der Kassen zu den ihren eigenen Rückbedingungen Abmachungen kann nicht erfolgen.“

Wir haben geglaubt, unsern Lesern diese Übersicht über den Stand der Arztsfrage in Deutschland geben zu müssen. Das war vor allen Dingen nötig, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß bei den kommenden Krankenkassenwahlten die Arztsfrage eine Rolle spielen wird. Es ist ja so blendend, von dem Arzte des Vertrauens, der bei der freien Arztwahl gegeben

werden soll, zu reden und mancher könnte darauf hereinfallen, der nicht weiß, daß dieser Arzt des Vertrauens bezahlt werden muss von den Beiträgen der Mitglieder selbst. Es ist deshalb höchst töricht, wenn Herr Anton Ekelenz, früher Angestellter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, jetzt der Inspizitor des politisch liberalen (freimaurischen) deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbandes, in seiner Zeitschrift „Die Wacht“ vom Kassenfiskalismus redet, von der Herrschaft der Kasse vorstände und Kassenbeamten, die den Mitgliedern den Arzt des Vertrauens nicht geben wollen. Wir sind auch nicht grundsätzlich Gegner der freien Arztwahl, im Gegenteil wir sehen sie gerne da, wo die Leistungsfähigkeit der Kassen dabei nicht ans Spiel gesetzt wird. Es ist also nicht Kassenfiskalismus und Herrschaft der Kassenvorstände, wenn sie sich vielerorts gegen die freie Arztwahl wenden. Es geschieht, weil die Erfahrung lehrt, daß dann die Kassen auf andere Leistungen für die Mitglieder sehr oft in hohen Maße verzichten müssen. Und daß die Kassen sich gegen die Monopolansprüche des Leipziger Verbandes wenden, müssen die nicht sozialdemokratischen Arbeiter vor allen Dingen geschlossen unterstützen. Auch der Arbeitssekretär Ekelenz sollte sich den Gegnern der Monopolansprüche des Leipziger Arztleverbands zugesellen.

Vereinigung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erhebungstage dieser Nummer der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. Aug. bis 30. August fällig ist.

Berlinoer Mitgliedsbücher: Nr. 46953, Carl Hauser; Nr. 51274, Johann Höfle; Nr. 69028, Franz Groher. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten
Schreiner: Göh: Geißweiler i. T., Geestemünde (Rüthen).
Czetsk.

Büttlen- und Binselmauer: Nürnberg.
Sögewerksarbeiter: Cham i. Bayern.
Wagenhüttler: Bremen (Kastorierwerke, vorm. L. Gärtnert, Alten-Gesellschaft).

Tarifänderung. Zu dem für den Betrieb der Firma Brüder Beyer in Schwäbisch Gmünden Tarifvertrag tritt am 1. September folgende Änderung ein Kraft: Der Durchschnittsstundenlohn erhöht sich von 47 auf 48 Pf. Die Lohnhöhung findet auf die bestehenden Auffordpreise sinngemäße Anwendung.

Ehemaliger Vertragsabschluß für das Schreinergewerbe in Trier. Wie haben bereits berichtet, daß die Kollegen in Trier an ihre Meister Forderungen eingerichtet haben. Seit Jahren blieben alle Anstrengungen und Versuche, die gesuchten Holzarbeiter in Trier zu organisieren, erfolglos. Nun endlich ist es doch gelungen, die Kollegenschaft bis auf wenige Dutzend Verbände zuzuführen. Der Geschäftszugang im Holzgewerbe war und ist z. B. ein guter, sodass die nötigen Voraussetzungen gegeben waren, um in eine Lohnbewegung einzutreten zu können. Die Arbeitgeber haben wohl erkannt, daß nunmehr auch mit der Organisation gerechnet werden muß und erklärt sie sich alsbald zu Verhandlungen bereit. Zwar tonaten die Herren Meister es nicht übers Herz bringen, ihre wenig fortgeschrittenen Gesinnung zu offenbaren, indem sie Verhandlungen mit den Verbandsvertretern nicht führen wollen. In mehrmaligen Verhandlungen zwischen den Ortskommissionen kam nun trotzdem eine Einigung zustande. Ein Vertrag wurde abgeschlossen auf 2½ Jahre bis zum 15. Februar 1916. Errichtet wurde eine Lohnhöhung von 4 Pf. pro Std. auf die Vertragsdauer. Überstunden werden mit 10 Pf. Nachtarbeit mit 20 Pf., Sonntagsarbeit mit 50% extra vergütet. Bei auswärtigen Arbeiten werden die entstehenden Auslagen bezahlt. Bei Auffordarbeit wird der vereinbarte Stundenlohn garantiert. Eine Schlüttungskommission ist ebenfalls eingesetzt. — Das mit ist für Trier erstmals ein Vertrag auf längere Zeit festgelegt. Der Vertrag ist zwar noch sehr lückenhaft, hat also noch manche Verbesserung nötig. Namentlich bewegen sich die finanziellen Verbesserungen, in Rücksicht auf die bisherigen Verdienste, in bescheidenen Grenzen. Wenn unsere Kollegen an anderen Orten bessere Verträge und Erfolge aufzuweisen haben, so müssen eben unsere Trierer Kollegen berücksichtigen, daß anderorts auch schon längst eine geschlossene strenge Organisation steht, welche ihnen bessere Resultate sichert. Das Erreichte bedeutet immerhin für Trier einen wesentlichen Fortschritt, wenn man in Rechnung stellt, daß fast die Hälfte der Kollegen erst seit einigen Wochen sich dem Verbande angeschlossen haben. Der Erfolg ist deshalb auch um so höher zu bewerten. An unseren Kollegen wird es liegen, aus dem Vertrag zu machen, was daraus zu machen ist, d. h. für die strenge Einhaltung des Vereinbarten zu sorgen. Vieles ist späterhin noch zu verbessern. Noch ist kein festes Stundenlohn normiert; noch keine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt. Durch dauerndes Festhalten am Verbande und weiteren Ausbau desselben wird auch in Trier für die Zukunft unserer Kollegenschaft ein weiterer Erfolg beschieden sein.

Tarifabschluß mit der Büttlen- und Binselmauer Böttcher & Hackstedt in Lohne i. Oldbg. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es, den vor einiger Zeit bei der Firma Gebr. Frohmann, Büttlen- und Binselmauer abgeschlossenen Tarifvertrag, auch bei obiger Firma zur Anerkennung zu bringen. Der Tarif bringt den Kollegen nennenswerte Verbesserungen,

bei den Akkordarbeiten, Erhöhung der Stundenlöhne von 30 auf 35 Pf., 10 Pf. Aufschlag für Nebensäunden, an den Tagen vor den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen 1 Stunde früher Feierabend. Mit diesem Abschluß arbeiten unsere Kollegen in Löhne in zwei Bürsten- und Pinselsfabriken unter Vertrag. Aufgabe aller Kollegen in Löhne wird es sein, durch weiteren Ausbau ihrer Organisation und einmütiges Kollegiales Zusammenarbeiten, sich auch fernerhin als christliche Gewerkschaftler den gebührenden Einfluß zu sichern.

Larifreuerung in Dinklage in Oldenburg. Der mit der Firma B. Holthaus, Landw. Maschinenfabrik A.G. abgeschlossene Vertrag, der am 1. Oktober d. J. abließ, wurde mit einigen Verbesserungen für ein weiteres Jahr erneuert. Die Firma versuchte zunächst durch einen Nachtrag zum Larifvertrag diesen zu verschlechtern. Auf Grund dieses Nachtrages sollte zum Beispiel die Sonntagsarbeit nicht mehr wie bisher mit 75 Prozent, sondern nur mit 50 Prozent Aufschlag vergütet werden; weiter sollten alle Löhne in der jetzigen Höhe bestehen bleiben. Bei Schlichtung von Streitigkeiten sollte der Arbeiterausschuß erst dreimal erfolglos verhandeln, ehe die Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzugezogen würden. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit der Firma gelang es, nicht nur die Verschlechterungen abzuwehren, sondern auch noch einige Verbesserungen für die Kollegen zu erzielen. So wird der Stundenlohn von 39 Pf. ab 1. Oktober 1913 auf 40 Pf. erhöht. Den Akkordarbeitern wird bei vorkommenden Reparaturen an Dreidmaschinen ein Stundenlohn von 45 Pf. geachtet. Die Sonntagsarbeit fällt fort. Zur Beilegung von Streitigkeiten, die das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, ist das Arbeiterausschuß zu Verhandlungen mit den Vertretern der Firma zuständig und sollen die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen dann hinzugezogen werden, wenn die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß erfolglos verlaufen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Gütersheim. Nach der Methode „Rot oder kein Brot“ schien auch die hierigen Holzgenossen mehr und mehr handeln zu wollen. Ob es das Umstehen einer größeren Arbeitslosigkeit ist, von der zu einem guten Teil auch die „freien Kollegen“ betroffen werden, oder ob es andere Motive sind, die zu solchen, die Einigkeit der Christenheit geltend machen lassen, wollen wir darüber nicht untersuchen. Zu es noch nicht genug, daß die „Genossen“ es verdient haben, denn der Geschäftsführer der christlichen Arbeitnehmer, in fast allen größeren Betrieben heutiger Stadt des Arbeitsmonopol für sich zu errichten? Man sieht vor den verwirrten Mützen nicht jüngst, um die christlichen Arbeiter auch aus den letzten größeren Betrieben herauszuführen. So verwirrt diese Mittel sind, so einfach sind sie aber auch. Nachdem man sich die Wechselseiter oder sonstige leidende Personen gefügt gemacht hat, wird bei diesen alles angebracht, was die christlichen Arbeiter in den Augen der Unternehmer heruntersetzen kann. Ob eine Handlungsmöglichkeit der christlichen Arbeiter dabei im Interesse der gesamten Kollegenschaft liegt, spielt dabei keine Rolle. Das Deutlichste werden wir uns auf eine spätere Zeit versparen. Nur möchten wir die „Genossen“ annehmen machen auf den zu der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 16. August erschienenen Leiterartikel „Mittel und Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, dessen Beachtung wohl der Allgemeinheit diebstähle zeitigen könnte. Unseren eigenen Mitgliedern mögen wir aber aus Herz legen, die Säulen zu erhalten und die Mitgliederanzahlungen zu bejubeln. Dann liegt ja die einzige Handlungsmöglichkeit der „Genossen“ von selbst. Nur kann ja dies geschehen an der christlich-nationalen Organisation wahren wir die Interessen der gesamten Kollegenschaft.

Zunächst eine Tatsachenlusion ist hier beim roten Holzarbeiterverband anzugeben. Um was es sich eigentlich handelt ist schwer schätzbar. Einige „Genossen“ geben an, sie wären mit ihrem Kollebeamten Unterhalt nicht mehr zufrieden; andere finden, daß ihr Platz überhaupt nicht mehr im roten Holzarbeiterverband sei kann und haben deshalb die anarcho-syndikale Bewegung eingeschlagen. 50 Holzarbeiter, die bis vor kurzem dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband als Mitglieder angehörten, haben den Status und arbeiten täglich für ihre Sache. Die Einigkeit im roten Lager ist gewaltig erweitert. Daudern braucht man sich darüber nicht, denn auf die Dauer ist es eben unmöglich, eine Bewegung mit Frei- und Rechten zusammenzuführen, die diese Mittel gehören. Je länger je den „genauen“ Besitz des roten Holzarbeiterverbandes unsere Kollegen lassen diese Rücksicht nimmt. Sie können uns nur erzählen, noch mehr ist bisher hier der Aufruhr der christlichen Gewerkschaftsbewegung längst zu sein. Nur diese kleine Note und weiter wie garantie, für eine wichtige Vorbereitung unserer Sitzungen.

Gewerkschaftliches.

Konstituierung der englischen Gewerkschaftsbewegung. Die ehemals so hoch angesehenen englischen Trade Unions haben sich in den letzten Jahren immer mehr von ihrem ehemaligen Einfluss ausgetragen. Sie sind heute bereit zu sein, daß sie sich mit der religiösen Erziehung, der Schulbildung, und einem Geiste über die Erziehung befassen. Mit den Anfängen einer Gewerkschaftsbewegung hat das jetzt vollständig nichts zu tun. So ist es denn in England jetzt gekommen, daß bereits eine letzte Opposition gegen eine bestimmte unchristliche Haltung der Gewerkschaften auftritt. Die Opposition geht auf vor allen Dingen von den katholischen Arbeitern, die sich durch die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den ehemalsgestrichenen Fragen in ihren religiösen Ausübungsbereichen verlegt fühlen. Mit dem jüngsten englischen Wahlgesetz waren die Bergarbeiter Gewerkschaften eingetragene Verbände. Kardinal Bourne erklärte hier, daß es in England unbedingt notwendig sei, daß sich die katholischen Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung betätigten. Er habe ziemlich Bedenken gehabt, daß seine Meinung selbst in Rom dafür eingesetzt. Der Kardinal wandte den Arbeitern, die so weder dafür in der Gewerkschaftsbewegung gekämpft,

dass ihre religiösen Anschaungen hier nicht mißachtet würden, warne Anerkennung. In früheren Jahren waren in der englischen Gewerkschaftsbewegung Angriffe auf katholische Arbeiter wegen ihres Glaubens undenkbar. Der verstorbene Kardinal Manning stand sogar mit Arbeitsführern wie Ben Lillet und Tom Man auf sehr gutem Fuße. Zur besseren Überwehr der ungewerkschaftlichen Bestrebungen haben die katholischen Gewerkschaftsmitglieder eine besondere Organisation gebildet. Wie auf dem Katholikentag hervorgehoben wurde, soll dieses keine katholische Gewerkschaft sein, sondern lediglich nur dem angegebene Zwecke dienen. Den Bemühungen dieser Vereinigung ist es bereits gelungen, daß die Frage der religiösen Erziehung von dem Programm der englischen Gewerkschaftsbewegung verschwunden ist. Der „Vorwärts“ bemerkte hierzu recht trübselig: „Gelingt es auch fernerhin, durch die Drohung mit der Spaltung, der Mehrheit ihren Willen aufzunötigen, so wird sich die Gewerkschaftsbewegung bald überhaupt nicht mehr mit kulturellen Fragen befassen dürfen.“ — Das Aufgabengebiet der Gewerkschaften ist jedenfalls ein so großes, daß eine neutrale Organisation es gar nicht notwendig hat, sich mit Erziehungs- und Schulfragen zu beschäftigen. Man kann den Bestrebungen der katholischen Gewerkschaftler in England nur den besten Erfolg wünschen. Wie allenthalben, so zeigt es sich auch in England, daß die Gewerkschaftsbewegung in ein ganz falsches und für die Arbeiterschaft geradezu verhängnisvolles Fahrwasser gedrängt wird, sobald die Sozialdemokratie sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigt.

„Und folgst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“ In Kolberg in Pommern war's. Ein christlicher Holzarbeiter kam auf seiner Wanderschaft dortherin, machte Rast und versuchte hier sein Brot zu verdienen. Er fand auch Arbeit. Am dritten Tage seiner Tätigkeit am Orie — jedenfalls fanden die Herrn „Genossen“ nicht gleich den taunigen Nut — trat man an den Kollegen heran mit der Aufforderung: „Übertreten!“ Der Kollege gab zur Antwort: „Ich bin schon gewerkschaftlich organisiert und das genügt.“ Die „Genossen“ waren anderer Ansicht: Nur wenn er sich überschreiben lasse, könne er weiterarbeiten. „Ich bleibe, wo ich bin,“ war die Antwort unseres Kollegen. Darauf wieder drei Tage Ruhe. Dann Versammlung und Beratung des „Christen“. Der Meister fragte den Kollegen, was denn eigentlich los sei, daß die anderen nicht mit ihm zusammen arbeiten wollten. Die Antwort: „Weil ich im christlichen Verband bin.“ Der Meister: „So deshalb! — Nun, es tut mir leid, aber ich muß sie entlassen; sonst legen die anderen die Arbeit nieder und die vorliegende Arbeit muß unbedingt fertig sein. Wäre die Arbeit nicht so dringend, so würde ich es darauf ankommen lassen, aber so kann ich nicht!“ Der Kollege belam seinen Entlassungsschein und ging. Dem Meister war so etwas noch nicht vorgekommen. Es gab unserem Kollegen den Rat, daß nicht so ohne weiteres hinzunehmen. Der Kollege hat den Vorfall zur Anzeige gebracht und werden die roten Freiheitskämpfer von Kolberghoffentlich die für sie unliebsame Erfahrung zu machen haben, daß auch Pommern einstweilen noch ein Stück vom deutschen Vaterland ist, wo das Recht auf Arbeit geschützt wird.

Sozialdemokratische Monopollarbeitsverträge. Dem sozialdemokratischen Bäder- und Konditoreiverbande ist es vor kurzem gelungen, in drei Betriebsteilen des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets Larifverträge abzuschließen, nach denen sich die Unternehmer verpflichten, im Zukunft nur noch den Arbeitsnachweis des sozialdemokratischen Bäderverbandes zu benutzen. Es sind dies die Brotfabrikanten Simmen-Essen-Ruhr, Kummer-Dortmund und Ackermann & Co.-Dortmund. Diesen drei Herren sollte einmal von der christlich-nationalen Arbeiterschaft klar gemacht werden, daß sie sich eine derartige Provokation nicht gefallen läßt. Ob die drei Herren auch wohl auf die Rundschau der nicht-sozialdemokratischen Bevölkerung verzichten?

Was die „Gelben“ wollen. Auf dem Bezirkstafel der Essener Gelben am 10. August zu Gelsen, hielt deren Bezirksvorsitzender, Mühlbach, eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Wir wissen, daß die Unternehmungen sich nicht gleichmäßig darstellen, daß manches Werk zu kämpfen hat. Wir wollen deshalb auch kein entschiedenes Kriegseintrittsrecht über Fortsetzung der Arbeitslöcher. Es wird aber doch sehr schädigend auf den Arbeiter, wenn er in schwierigen Fällen zu Rate gezogen und seine Meinung gehört wird.“

„Zog der große Erfolg in letzter Zeit würden die Werke nicht sogleich sozialistisch kommen, wenn nicht zwei Nebel beständen, — nämlich der Name die „Gelben“, der von Jögern, Kanuten, Gelehrten und deutschen Arbeitern nach jahrelangem Sozialismus angehängt sei und der immer noch zuläufig treidende Widerstand von verschiedenen Betriebsbeamten. In letzter Falle könnten die Unternehmungen und Werkeleiter sehr gut Abhilfe schaffen... Ich halte es für richtig, wenn die Betriebsbeamten, von denen doch die Arbeiter nicht abhängig sind, in unserer neuen, wirtschaftlichen Gesellschaft durch Praktizierung von Betriebsvereinigungen immer mehr eingefügt werden.“

Der Redner hinter Gummi ist also hier: Die Wahrnehmung der Interessen überlassen die Gelben grundsätzlich den Arbeitgebern und zur Stärkung ihrer Bereiche verlangen sie, daß die Betriebsleiter ihre Beamten zwangen sollen, die Arbeiter unter Beziehung auf ihre Abhängigkeit den gelben Werktreinen zuzugeben.

Sozialdemokratische Gewerkschaft für Streiktreuh. In der Schweiz gekommen ja allerlei merkwürdige Dinge, die die Kollegen in Deutschland hörerbar machen. So z. B. wenn der Herr Regierungskanzler die Raiskredite hat usw. Das zweite Ereignis ist nun, daß eine sozialdemokratische Gewerkschaft einer christlichen Gewerkschaft eine Konventionalstrafe bezahlen muß für ihre Streikbrecher. Der Sachverhalt ist folgender: Bei der Gewerkschaft der Holzarbeiter in Winterthur 1911 haben beide Gewerkschaften eine Vereinbarung, nach der sie gegenstetig verpflichtet: „in einem allfälligen

Kampfe solange auszuhalten, bis die eingereichten Forderungen bewilligt oder der Streit von der zweidrittel Mehrheit der Streitenden als aufgehoben erklärt wird; widrigenfalls erklären sich die Verbände gegenseitig bereit, für jedes während dem Streit arbeitende Mitglied 100 Frs. Konventionalstrafe zu bezahlen.“ Die „Genossen“ hatten wohl gehofft, hier ein gutes Geschäft machen zu können, da sie ja auch in der Schweiz die gute Idee haben, die „Christlichen“ seien berufsmäßige Streikbrecher. Die Rechnung war dann umgekehrt richtig. Die Bewegung nahm einen sonderbaren Verlauf. Die Forderungen waren im großen ganzen bewilligt und ein Vertrag abgeschlossen worden. Erst nachher entstanden Differenzen wegen der Festsetzung der Arbeitszeit. Es war eben ein Fehler der Lohnkommission gewesen, die Arbeitszeit im Vertrag nicht ganz genau festzusetzen. Es kam dann zur Aussperrung und da hielten die „Genossen“ nicht mehr Stand. Sie zählten in ihren Reihen etwas 12–15 als Streikbrecher, bzw. als Sperrbrecher arbeiteten. Nachdem die Bewegung als beendigt erklärt, verlangte der christliche Holzarbeiterverband die Bezahlung der Konventionalstrafe, mit Verweis auf den noch in der Schweiz befindenden Prozeß, den der sozialdemokratische Holzarbeiterverband mit seinen Mitgliedern hatte, die sich bei einer Konventionalstrafe von 10 Frs. täglich verpflichteten, den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten. Der Prozeß, der in seinen verschiedenen Phasen sehr interessant war, wurde bis vor das Bundesgericht gezogen. Da die „Genossen“ wohl ahnten, im Effekt von den untenen Mitgliedern nichts zu erhalten, haben sie denselben dann abgebrochen und dem christlichen Holzarbeiterverband den Vorwurf gemacht, eine bestimmte Summe zu bezahlen, um die Sache zu erledigen. Da ein Prozeß immerhin sehr ungewiß hätte enden können, indem eben die ganze Bewegung einen sehr merkwürdigen Verlauf genommen, so wurde eine Abmachung getroffen, daß der soziald. Holzarbeiterverband dem christl. Holzarbeiterverband eine Summe von 200 Frs. bezahlt. Es dürfte eigentlich ziemlich belanglos sein, wieviel der soziald. Verband dem christlichen Verband gegeben; daß Interessante ist, daß der sozialdemokratische Holzarbeiterverband für seine Streikbrecher beziehungsweise Sperrbrecher eine Konventionalstrafe an den christlichen Holzarbeiterverband bezahlen musste. Die Lust zu einem nochmaligen Vertrag solcher Art dürften die „Genossen“ so schnell nicht mehr bekommen.

Die christlichen Gewerkschaften Österreichs zählten Ende 1912 insgesamt 82 459 Mitglieder. Der Zentralkommission sind angegeschlossen 29 Organisationen mit 44 653 Mitgliedern, während die absatz stehenden Gruppen — zum Teil tschechisch-slowenische Berufsvereine — 37 806 Mitglieder zählen. Die Zunahme in der Mitgliederzahl bei der Zentralkommission beträgt im letzten Jahre 1254. Die Gesamteinnahmen der der Zentralkommission angeschlossenen Verbände belief sich auf 824 707 Kronen; die Ausgaben bezifferten sich auf 564 120 Kronen. Für Unterstützungen wurden im letzten Jahre verausgabt 269 432 Kronen. Die christlichen Gewerkschaften Österreichs geben insgesamt 16 Zeitungen heraus. Eine Zeitung erscheint wöchentlich, zwei erscheinen 14tägig, neun 2 mal und vier 1 mal im Monat. Die nicht allzu günstige Entwicklung des vergangenen Jahres dürfte in der Hauptsache auf die politischen Wirren und die zeitweise Mobilisierung Österreichs, was auf das Wirtschaftsleben sehr empfindlich einwirkte, zurückzuführen sein.

Soziale Rundschau.

Bodenreform und Arbeiterschaft. Die Bodenreform ist ein von der Arbeiterschaft noch viel zu wenig beachtetes Aufgabengebiet. Und doch steht die Lohnfrage und die wiederum mit der Preisfrage der Lebensmittel und Wohnungen sowie der hypothekarischen Verschuldung im allengsten Zusammenhang. Die auf dem Grundbesitz Deutschlands lastende, jährlich um mehr als 300 Millionen Mark steigende hypothekarische Schuldenlast beträgt mindestens 60 Milliarden Mark. Mit nur 3½ Prozent verzinst, macht das eine jährliche Zinslast von 2 Milliarden und 100 Millionen Mark, die der Lebensmittelkonsument und der Mieter — also vorwiegend der Arbeiter — aufbringen muß. Da ist es geradezu frivol, daß die Sozialdemokratie eine Steuergesetzgebung mitmacht, die durch Abschaffung der Reichsvermögenssteuer den Terrainspekulanten Millionen geschenkt in den Schoss wirkt. Es ist ein Widersinn, daß Wohl des Arbeiters immer wieder im Klassenkampf zu suchen, während ein erhebliche: Teil der mit großen Opfern errungenen Lohnsteigerung durch Bodenwucher und Terrainspekulanten in Form von steigenden Lebensmittel- und Mietpreisen in die Taschen des unersättlichen und unablässigen wachsenden Realtriebns wandert. Unter diesen Verhältnissen hat auch unsere Industrie auf dem Weltmarkt in steigendem Maße zu leiden, da sie dem Bodenkapital direkt und indirekt in weit höherem Maße tributpflichtig ist als zum Beispiel in England, wo der Grund und Boden durchschnittlich so billig ist als bei uns. Da muß die Fabrikant künftig an einen Punkt gelangen, wo er der Konkurrenz des Auslandes nicht mehr gewachsen ist und wo es heißen wird: Entweder Reduktion der Löhne oder Arbeitslosigkeit. Die Wichtigkeit der Bodenreform ergibt sich schon aus diesen Darlegungen. Der Bund deutscher Bodenreformer (Berlin N.W. 23, Lessingstraße 11), ist gern bereit, Redner nachhaltig zu machen, die in den Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften Vorträge über diese Materie halten.

Soziale Wahlen. Die am 10. August zu Gelsenkirchen stattgefundenen Gewerbegerichtswahl ist für die christlichen Gewerkschaften völlig unbedeutend ausgefallen. Unsere Liste brachte ganze 619 Stimmen auf. Im Jahre 1909 wurden noch 876 Stimmen für die Liste der christlichen Gewerkschaften abgegeben, im Jahre 1905 ge-

1913.

Digitized by Google

South Wiltshire.

Gothic fables.

arbeiten im Automobilbau haben längst nicht mehr die Ein-
fachheit aufzuweisen, wie beim Entstehen dieser Industrie.
Es genügt heute nicht mehr, Durchschlagsarbeiter oder Gattler
zu sein. Da die Autos heute mit allen Dezenzien leiten
ausgerüstet werden (durchweg werden sehr gute Polsterarbeiten
für dieselben hergestellt), sind heute gute Polsterer für den Auto-
bau gesucht. Diese Entwicklung bringt gewiß die Möglichkeit
mit sich, daß mehr frisches Blut in die Betriebe hineinkommt;
was für die Organisation günstig sein kann. Die Konferenz
hat gezeigt, daß noch eine große Arbeit zu leisten ist, um die
Polsterer und Gattler in den Wagen-, Wagen- und Auto-
fachschulen der Organisation einzuführen. Die Werkeit scher muß

ungen Bedingungen gewesen wüste.

Bildung der β -enzymone

Eine Ausstellung. Am 20. Juli tagte bekanntlich in Köln eine Konferenz für die im Waggongbau, den Wagen- und Karosseriebetrieben Beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes. Darüber den Stellmachern und Schreinern dieser Betriebe louriges auch Möllerer und Gattler in Betracht. Da die Zahl der Möllerer und Gattler, soweit sie Mitglieder unseres Betriebes sind, in diesen Fabriken keine allzugroße ist, galt es auf dieser Konferenz, Ratschläge zu geben, um diese Kollegen sowie wie bisher für den Verband zu gewinnen. Durchweg berichteten die Delegierten von größeren Schwierigkeiten, da bis Möllerer und Gattler in diesen Betrieben eine große Zentrale gegenüber jeglicher Organisation ein dem Tag legten. Das altbekannte Wort "Ich habe Lebensfreude" spielt hier auch eine große Rolle. Die Kollegen halten die Organisation beihalb für überflüssig. — Eine größere Entwicklungsfähigkeit hat besonders der Automobilbau, der ein ganz neuer Spezialzweig für den Spätwinter bildet. Die heutigen Möller-

卷之三

... : Monatsschrift der christlich organisierten "Völker und vermaulter Berufssangestriget" :: 1913

Ersch. Bertrand v. Sattler u. Postleffler 10,4 im II. Quart. 1913 Ende Juni 1913 2,4

im II. Quart. 1913 Ende Sum 1913
 Groß. Bertrand d. Gattler u. Portefeuilles 10,4 2,4
 Groß. Tapetiererberband 28,8 12,2
 Groß. Holzarbeiterverband 21,3 6,2
 Centralverband östl. Holzarbeiter 9,2 1,7

 Unter Bertrand steht unter diesen Umständen noch am
 günstigsten da. Ob in naher Zeit eine Besserung der allge-
 meinen Wirtschaftslage zu erwarten ist, darüber gehen die
 Meinungen recht weit auseinander. Die einen halten beim
 schlechten Geschäftsgang für eine vorübergehende Erfreimung
 und rechnen mit dem Friedensschluß am Balkan, andere
 Kreise halten die Siedlung für den Anfang einer größeren
 Krise. Wenn die Herbstsitzung für den Tapetierberuf
 auch wieder eine Belebung bringt, so sind doch die Aussichten
 für den Winter nicht allzu rosig. Unsere Kollegen werden
 sich danach einzurichten haben.

Eine berichtigte Relage

wird in der „Allgemeinen Tapetier-Zeitung“ erhöhen. Der Verein Dienst an Arbeitlosen“ in Berlin besaß sich auch mit dem Betrieb von Polstermateriales. Und zwar kommt er dazu, weil er alles, was noch mit den Händen angestossen ist, sammelt, um diese Stoffdienen nach Möglichkeit zu verwerthen. Wenn z. B. die Tapetierer es ablehnen, vermontete Sofas aufzuarbeiten, dann ist gewöhnlich guter Rat teuer. Was nun tun? Auf die Strafe werfen, geht nicht; die Müllabfuhrgesellschaft verweigert die Unnachahme; bleibt also in den meisten Fällen die Brodenfarrung der rettende Engel. Die „Möbel“ werden also abgepolst und in der Tapetiererwerkstatt des Vereins „aufgemuntert“, soweit dies möglich ist, und dann verkauft. Der Verein scheint ständig Gehilfen zu beschäftigen, da er Mitglied der Tapetierer-Union ist. In hoffnunglosen Fällen werden die Ein geweide herausgenommen und hübsch sortiert. Staub zu Staub, Berg zu Berg und Fasern und Stroh zu seines gleichen. Wer da glaubt, diese Koscharbeiten werden nun nach einem Müllablaubeplatz gebracht, der irrt sich gewaltig. Nein, sie werden wieder zu Ungehörige des Tapetierer gerobbes verkauft. Nun kann der Freislauf von neuem beginnen. Das Material ist billig und es lassen sich wunder schöne neue Bettboden, Sofas und Zuslege-Matratzen her stellen. Die Räuber dieser Dinge glauben natürlich, neue Stoffe zu erhalten; sie ahnen ja nicht, daß das Material vielleicht schon als Unterlage einer, an irgend einer hässlichen oder aufsehenden Krankheit verstorbenen Person gedient hat.

Der „Verein Dienst an Arbeitlosen“, dessen Bestrebungen ja ganz lobenswert sein mögen, leidet durch Verlauf der artigen Materials auch der öffentlichen Gesundheit einen schlechten Dienst. Es muß ohne weiteres als ungehörig, ja frivol bezeichnet werden, wenn berniges Material überhaupt in dem Handel gebracht wird. Der Verein macht sich aber auch mutig an den unlauteren Nacherkästen seiner Abnehmer. Die Zeitung des Vereins muß sich doch sagen, daß die Abnehmer, die beratigeszeug verarbeiten, ihren waren als neu verkauft. Der Verein hat nach

THE HISTORY OF THE CHINESE IN AMERICA

Aus dem Berufsleben.

Momentan haben wir in unserem Gewerbe die jüngste Sonnenstille. Die Geschäftsfässle, die wir im Hochsomme wie auch im Winter zu verzeichnen haben, geben unserm Gewerbe den Charakter eines Eisengewerbes. Vom anderen Rolle geht jetzt in die Ferien, größtenteils allerdings mit sehr gemischten Gefühlen. Diese Art "Ferien" haben im Tapezierberuf gewisse Eigenarten. Eine Ferienart sind die sog. "freiwilligen" Ferien, die der Rolle in der Sommerfrische antritt, weil sie der Schlappe Geschäftsgang dieses aufläßt. Schließlich ist der Rolle zu diesen Ferien genötigt, da sonst der Berßführer ihn unfreiwillig mit anderen Ferien beglücken würde. Wir haben dann noch die bekannten "Sommerferien", die etwas höher aussiehen. Der Rolle bekommt zu diesen Ferien die nötigen Papiere ausgehändigt, mit der er sich auf größeren Reisen legitimieren kann.

Die Arbeitlosigkeit im Sommer ist für den jungen Rolle nicht so schlimm, als für den verheirateten Rolle, dem es beim lagenden Sommerchein traurig zu Mute sein kann. Der Rolle, der seine Pflichten gegenüber der Organisation treu erfüllt hat, kann sich über Wasser halten durch die Arbeitlosenunterstützung. Auch daran erkennen die Rollen den Nutzen der Organisation.

In diesem Jahre hat die Geschäftsfässle im Tapeziergewerbe einen größeren Umfang angenommen als in den letzten vorhergegangenen Jahren. Es hat dieses seinen Grund darin, daß die Tätigkeit im Bau- und Wohnungsgewerbe merklich zurückgedielegt. Hier ist es in erster Linie die Leuerung des Geldmarktes, welches die Stützung verursacht. Es ist klar, daß alle Berufe, die von der Tätigkeit abhängig sind, unter einem schlechten Geschäftsgang im Baugewerbe mit zu leiden haben. Hierbei kommt auch daß Tapeziergewerbe außerordentlich in Betracht.

Einen Maßstab für die allgemeine Stille haben wir besonders in den Großstädten. Berlin soll circa fünfzigtausend Arbeitlose zählen, fünftausend davon auf das Holzgewerbe. Wie es im Berliner Tapeziergewerbe aussieht, er sieht man aus der Statistik des "freien" Berbands. Es waren hier in 11 Buchställen (Berlin und Brandenburg) mit einer Mitgliederzahl von 2008, im zweiten Quartal d. J. 1066 Mitglieder arbeitslos und war an 6235 Tagen. Zur Legitimation des Monats Juni waren 29,1 Prozent der Mitglieder dieses Bezirk arbeitslos.

Sagt aus allen größeren Städten wird eine größere Arbeitslosigkeit gemeldet wie in früheren Jahren. Auch Rheinland und Westfalen machen darin keine Ausnahme; doch stehen hier die Verhältnisse immer noch am günstigsten. Unsere Berufsgruppen haben im allgemeinen keine ausgroße Arbeitslosigkeit aufzuweisen. Ein großer Teil unserer Mitglieder wohnen in Rheinland und Westfalen, wo es eben günstiger aussieht. Die Prozentszahl unserer Arbeitlosen läßt sich nicht feststellen, da in den Büros unseres Berbands alle Berufe erfaßt sind.

Die Bahnen einzelner Betriebe mögen das Bild über die Arbeitslosigkeit verpolstern. Es waren von hundert Mitgliedern arbeitslos:

im II. Quart. 1913 Postfeuilles 10,4

Gesd. Berband d. Gattes u. Postfeuilles 28,8
Gesd. Tapeziererverband 21,8

Zentralverband örtl. Holzarbeiter 9,2

Unser Verband steht unter diesen Umständen noch am günstigsten da. Ob in naher Zeit eine Besserung der alten meinen Wirtschaftslage zu erwarten ist, darüber gehen die Meinungen recht weit auseinander. Die einen halten den schlechten Geschäftsgang für eine vorübergehende Erfcheinung und rechnen mit dem Friedensschluß am Balkan, andere freie halten die Stützung für den Anfang einer größeren Krise.

Wenn die Herbstsonntut für den Tapezierberuf auch wieder eine Belebung bringt, so sind doch die Aussichten für den Winter nicht allzu rosig. Unsere Kollegen werden sich danach einzurichten haben.

— o —

Eine berechtigte Klage

wird in der "Allgemeinen Tapezier-Zeitung" erhöhen. Der Verein Dienst am Arbeitlosen" in Berlin besaß sich auch mit dem Berthrich von Polstermaterialien. Und zwar kommt er dazu, weil er alles, was noch mit den Händen anfassen ist, sammelt, um diese Stoffarten nach Möglichkeit zu verwenden. Wenn z. B. die Tapezierer es ablehnen, verlangt Bettboden, halb verfaulter eiserner Bettstellen, vermoderte Sofas usw. aufzuarbeiten, dann ist gewöhnlich guter Rat teuer. Was nun tun? Auf die Strafe werfen, geht nicht; die Müllabfuhrgeellschaft verweigert die Annahme; bleibt also in den meisten Fällen die Brodenfassung der rettende Engel. Die "Möbel" werden also abgeholt und in her Tapeziererwerkstatt des Vereins "aufgeuntert", soweit dies möglich ist, und kann verkauft. Der Verein scheint ständig Gehilfen zu beschäftigen, da er Mitglied der Tapetierer-Sinnung ist. In Hoffnungslösen füllen werden die Ein-Gemeinde herausgenommen und hübsch sortiert. Staub zu Staub, Berg zu Berg und Tasern und Stroh zu seinesgleichen. Wer da glaubt, diese Rostarbeiten werden nun nach einem Müllabfuhrloch gestoßt, der irrt sich gewiß. Nein, sie werden wieder an ungehörige des Tapetierer-gemeedes verkauft. Nur kann der Freizeitlauf von neuem beginnen. Das Material ist billig und es lassen sich wunderschöne neue Bettboden, Sofas und Kussege-Matrassen herstellen. Die Räuber dieser Dinge glauben natürlich, neue Ware zu erhalten; sie ahnen ja nicht, daß das Material vielleicht schon als Unterlage einer, an irgend einer häßlichen oder aufstrebenden Krankheit verstorbenen Person gedient hat.

Der "Verein Dienst am Arbeitlosen", dessen Bestrebungen ja ganz lobenswert sein mögen, leistet durch Verkauf derartigen Materials auch bei öffentlichen Gesundheit einen schlechten Dienst. Es muß ohne weiteres als ungebührig, ja frivol bezeichnet werden, wenn beratiges Material überhaupt in den Handel gebracht wird. Der Verein macht sich aber auch, mit schuldig an den unsäglichen Maßnahmen seiner Abnehmer. Die Zeitung des Vereins muß sich doch sagen, daß die Abnehmer, die beratiges Zeug verarbeiten, ihre Waren als neu verkaufen. Der Verein hat nach seinem

Ende Juni 1913 2,4
12,2
6,2
1,7

eigenen Angräben momentan einige 100 Sennier von heut Unrat um Lager. Angenommen, es wird verarbeitet, so lägen sich daraus jährlich 1500 Matrassen herstellen. So das herstellen, mit denen kann wiederum 6—800 neu gegründete Familien beglückt werden können. Wieviel Krankheit und Elend mag schon durch derartige Möbel verbreitet worden sein, ganz zu schweigen von etwa vorhandenem Ungeziefer. Und dann die bauernschaftlichen Schiffe, die vielleicht die Not bringt, folgende elenhafte Arbeit zu verrichten!

In jedem öffentlichen Gebäude, jeder Straßenbahn, fünnen sich heute Hinweise, alles zu unterlassen, was der Volksgesundheit schaden könnte. Büchsen hängen allenthalben, um Pfennige zu sammeln, damit Tollseuchen wirksam bekämpft werden können. Wenn man also sieht, wie auf allen Gebieten versucht wird, der Tollgesundheit zu dienen, stimmt es um so trauriger feststellen zu müssen, daß sogar ein im Dienst der Wohltätigkeit stehendes Unternehmen die Hand dazu bietet, daß gebüntlos oder aus Gewissenssorge gegen die elementarsten Grundsätze einer verständigen Hygiene verstoßen werden kann.

wiß gut und schön. Aber es führt zu weit, wenn in der geschilderten Weise gegen die Volksgesundheit gefündigt und unlauteren Elementen Gelegenheit gegeben wird, durch Säuberung der Volksgesundheit nach in betrügerischer Weise die Taschen zu füllen. Übhilfe erscheint hier bringend notwendig.

230 *Winfried Schäfer*

Unter dieser Ueberschrift ließen wir in der letzten Nummer der "Bereinigung" bei roten Kopfzetteln vorab an den Leser. In Nr. 32 des "Correspondenzblattes" sucht man nun wieder nach altbekannter Manier, indem man alles auf den Kopf stellt, unsere Feststellungen umzudrehen. Mögen unsere Kollegen über die Verteidigungsmethoden des "Correspondenzblatt" sich selbst ein Urteil bilden. Das Blatt schreibt:

hauptet, aus dem Bericht, den wir ja in Nr. 27 im wesentlichen Zeit niedergegeben haben, glinge nicht hervor, daß die Christen alle Bewegungen auf ihr Konto schrieben. Es ist schade um das Papier, daß man dazu verwendet, um mit solchen Leuten zu bestimmen, die doch nur das Wollte haben, sich möglichst zu beschämen: Das Correspondenzblatt seine Stiefel, sein Ehr sind ein eingeschlossenes Schimpfwort, wenn es über den christlichen Verband schreibt! — Wie konfusierter unter anderem auch, daß die Christlichen wiederholt bedroht hätten, eventuell Streitbrecherdienste leisten zu wollen, selbst wie sie nicht in unsere Tarife hineinnehmen. Damit glaubt man sich mit der Ausplaudierung abstimmen zu können, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft behindert. Streit hätte noch vor drei Jahren den Kreisposten eines Kommissionärsmitgliedes befleckt. Das mag nahe sein oder nicht, mit solchen Männchen sucht man sich um diese ungemeinen Dinge herumzuschreiben. Was Grajewsky anbelangt, so soll beweisen, daß im schmalen Jahre Mitglied im christlichen Verbande sei. Als wenn es darauf ankäme. Tatsache ist jedenfalls, daß er bis zum zweiten Quartal 1904 bei uns Mitglied war. Mit Bedenken��ten woe: Achtung, hier ist ein Glaskasten! und: Kollegen, ihr seht, in welche böswilliger und leichterlicher Weise man unsere Bewegung herunterzumachen sucht, verhindert es die „Gerechtigung“, ihre Leser von den Gerüchten abschrecken. Gute „Geschichte“.

Zum Beispiel hierfalls, daß der neue Kritik bez. "Repräsentantenblattes" dem früheren an umstrittenen Behauptungen nicht nachsteht. Weil wir einwandfrei in der letzten Nummer die Schimpfungsschreie des roten Blattes wiedergegeben haben, schreibt es jetzt vor einer "Sumpftiere" und "ößben Schimpfereien". Das Blatt kann damit nur seine eigenen Worte meinen, die wir wiedergegeben haben. Sieber blaunt

folgendes im Stammbuch:

"...nichts liegt unten stützen kann, als die Einfüllung bei bestimmenen Söhnenbewegungen zu fören. Sie sind überzeugt davon, daß die größte Geschlossenheit bei den größten Erfolgen verhürt. Sie lassen sich aber, und das sei hiermit gegenüber Ercheinungen, die sehr zu Tage treten, gesagt, wobei selbst entreden, noch ihre Organisation möglich sein. Mag der sozial. Kapitellerverband sich dies sagen."

卷之三

901

Unter Schweizerischer Bruderverein hat schon seit Jahren den Branchenbetreibungen der Tropierer und Götterverkäufer Gewinnlichkeit geschenkt. Die Bezahlmünze in der Schweiz kostet mit Sicherheit in jedem Lande.

Blutungen, das eben in dem hier langsam vorwärts geht. Deute besteht eine schöne Sektion der Gärtner und Tapetierer in Zürich; weitere Gruppen bestehen in St. Gallen und Schaffhausen. Diese Entwicklung findet sich in Davos und St. Moritz. Diese Entwicklung war Veranlassung, die Gärtner, Tapetierer und verwandte Berufe einander noch näher zu bringen. Es ist für diese Tapetierer ein eigener Branchenausschuß ins Leben gerufen worden. Nebst der Förderung der Situation, Bekanntmachungen von Erhebungen über die Sohn- und Arbeitsermöglichkeit wirdlich der Brandausschuß auch mit der Arbeitsvermittlung befaßt. Kollegen, welche nach der Schweiz zu reisen bestimmt, tun gut, sich zuvor beim Brandausschuß über die Betriebsfälle zu erkundigen. Die Zentralstelle sowohl als auch der Brandausschuß sind jederzeit zur Konsultation bereit. Durch Berbung neuer Mitglieder hat der schweizerische Bluberberband ein Flugblatt herausgegeben, in dem es heißt:

Die Schleißhöhle ist bei den Zugehörigen sehr seltsam und zeigt die Schleißhöhlenöffnungen nicht weniger als rosig. Die Bohner-

hatten die zwei total unterschiedlichen im Mittelpunkt bei heutigen Leuten
Scheinverhältnisse. Auch die Arbeitszeit ist häufig noch viel zu
lang, besonders wenn mit die ungünstigen Arbeitsbedingungen in Betracht
stehen, in denen wir arbeiten müssen geworben sind. Werke letzteres
ist ein wunder Punkt, der ungestümt herauftaucht, wo mehr wie
eine sich schon die Zähneknirscht setzt. Bei dem „Sek“ nicht
genug zu tun, um die Arbeit zu erledigen, und

Befreien, daß das auch einmal anders, einmal besser mebe? Doch gewiß! Aber was soll Sie machen? Mit Flügen wachsen Sie nicht erhöht, die Arbeitskraft nicht verdoppelt, die Arbeitsergebnisse nicht verbessert, und alles, was uns mangelt, nicht geschenken werden. Krieger ist nicht Mannesart, Sie mußt handeln, selber mit Hand antreten die Arbeitsleistung besserer Verhältnisse. Mit meinen, wer etwas Interesse hat an der Verbung seines Gutes, an der Verbesserung seiner und seiner Nebenkollegen Lage, der tut's sich da nicht mehr lange zu bestimmen haben, was zu tun ist. Ein sicherer Standort soll der Organisation bereiten!"

Die Adresse des Bruderausschusses der dritten Sekte, "Tapejere", z. B. in der Schmitz lautet: C. Majonetti, Ritter, Weiberstraße 248. Rollen, die nach der Schule zu rufen

gebenen, wollen sich an diese Werke wenden.

Aus dem Arbeitgeberlager

Bericht die einzelne Organisation der Vertriebene teil. Die "Allgemeine Kapeller-Zeitung" (Nr. 10) in einem längeren Artikel ein. Nachdem auf dem jüngsten Bundestag der Jungmännerverbande in Leipzig, Storb und Gab sich vereinbart hatten man es gar zu gern, daß die damaligen bairischen Kapeller etc. noch fernstehenden Gruppen im Rheinland und Westfalen ebenfalls ihren Aufschluß vollziehen würden. Man hat ein besonderes Interesse an dieser Einigung, bei nächstliegende Hauptversammlung des Bundes im Westen Deutschlands, in Düsseldorf stattfindet. Bei dieser Gelegenheit möchte man der Welt dar zu zeigen, daß die Geschlossenheit der Kapeller-Gruppen eine vollaufliche ist. Die "Allgemeine" weiß darauf hin, daß die Kapellvereinste im Westen dem Bunde sehr viel verdanken. Nur die Tätigkeit deren Leben sei es durchzuführen, wenn in den letzten Jahren neue Gruppen in Sachsen, Böhm, Preußen, Westfalen, Dortmund, Oberelsb., Dagen und Münster gegründet werden konnten. Die Gruppen Essen und Gelsenkirchen sind in Gründungsmitgliedern umgewandelt. Trotz böser Unterdrückung seitens des Bundes halten sie nur die neuen Gruppen Bonn und Dagen für notwendig erachtet, sich dem Bunde anzuschließen. Die übrigen hätten sich in einer Sondergruppe vereinigt. Dieser Verband steht in der reiner Führung mit dem Bunde. Außer Fördergründung hätte der kleine Verbandszusammenschluß vorgelegen, da der Bunde doch gleiche schon recht lange nicht Erfolg anstrebe. Zur neuen Gewerkschaft müsse man, um nichts lieber viel zu erzielen, vereint marchieren und vereinigt schlagen. — Ob die Werbung möglichst bald fruchten wird vermagt. Der Ton ist für den Erfolg gerade nicht besonders günstig. Ganz sel sel einen Käfer Glücks auf die Gestaltung der Versammlungen ausüben. Daß im Laufe der Zeit die unzulängliche Entwicklung kommt, bliebe zweifellos gewiß sein. Pläne sollte a. S. statt. Die Tugend treibt das deutsche Geschlecht nicht die Erwartungen der anderen Jungmännerverbande in der Regel zu. Siehe stehen, daß die Werbung für ihre Organisation ein Gebot der Pflicht ist.

Art herstellen. Der Vorsteher des Württembergischen Landesverbandes der Tapetiermeister ic. reist in der "Allgemeinen" darauf hin, daß sein Verband aus 300 "reinen" Tapetierern und 400 Tapetierern und Gattern gebildet werde. Württemberg dürften bezüglich die gemischten Betriebe allgemein noch die Oberhand haben. In anderen Gegenden, vornehmlich aber in den kleineren Städten und auf dem Lande, das gleiche noch der Fall.

Rechtsbehauptungsrecht des Arbeitgebers am Werkzeug

In Hannover hatte ein Gattler die Stellung verlassen, ohne die Witterbarkeit zu vollenden. Durch Vorlässe hatte der Gattler aber bereits den vollen Witterlohn erhalten. Die Fertigstellung des Wirkols durch einen anderen Arbeitnehmer kostete der Firma 18,80 Mf. an Lohn. Sie glaubte deshalb ein Recht zu haben, ihre Ansprüche gegen den kontraktkritigen Gattler durch die Einbehaltung seines Werkzeuges zu sichern. Das Oberbürgergericht verurteilte die Firma zu Herausgabe des Werkzeuges, da es sich um Objektschändung handele, die für den Gattler zur persönlichen Fortschärfung seiner Erwerbsfähigkeit unerträglich seien und ebensoviel zurückzuhalten wie gespendet werden könnten.

Würden gebrochen, das die Sache der zu jüdischen Zuständen
Richtigkeit mehr (F. Irbacher) darüber klare man in höchster Stunde r
wirkt. „Über diese offizielle Schreibart hat schon mancher ruh
Mann sich mitgetanzt, obzusehen davon, daß es nicht von o
Sachen als einer Unmöglichkeit handelt wird, über die mutt
Vorlesungen bei der Rechtes unter eventueller Vorlegung
durch die Rebe und Wirkerei Reden zu müssen.
„Es soffet in unserem Sachverständigen die Sozialpolitik nicht
ein gutes Glück“ nimmt dazu, aber sagen wir lieber von „Durchsetzung“
„Zelt“, um als Arbeitgeber zu führen werden. „Dass der Geschäftsrat
nicht will, wie bis Wiedersehen, ist bekannt; aber wo es jem
perig dringen soll, alle Bestimmungen und Verordnungen,
heute für den Gewerbebetrieb und seine technischen Errichtungen
befolgen, im Stroh zu haben, das hat noch sehr Hand“ so
Ihnen. Wenn die Herren Arbeitgeber als Vorstellen mit
eigener Seele erfüllen, sie würdet doch wohl erkennen, ob r
nachherre etwas zu viel werben. Und wo steht die Wiederrufung
an den Fäden und an die Gräben?
„Die sucht man eigentlich umsonst, denn diese Dinge entgegense
nur den Anforderungen der Zeit;“ wie sie aber in Wahrheit
wissen, daß erkennen wie in dem kolossalen Umbau des Landes
Deute die Beamtenaufsicht, im Wörrenden vom Gewerbebetrieb
„Wohrt in seinem Staate muß so viel für beide Parteien gew
einstiegt und gehabt“ werden, wie im Gewerblichen Dienstfach
„Nur wenn der Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes durch Gewerbe
verordnet trog bzw. fördert Fertigkeiten erlernt, die nun in den Bet
ohne Qualifikationen wenig oder gar nicht kann, dann einkommen
er sich unvollständig bei allen Fällen, daß Problemen über einstehen
geht und hat keinen gesunden Grund, um daß die Gewerkschaften
nur ohne einen kleinen Aufwand für die Interessen aufzutreten
möge. Das tun aber, daß ein Arbeitgeber über allein die Sozialar
beit bestimmen willte, ist leicht getan, aber am Ende r
er doch nicht vornehmend sein Widerstand die nötigen Mitteln liefern
soll. „Was viele heute an Erfüllungen haben haben, das sollte schli
chlich auch auf eine Generation mehr verteilt werden können, denn die
Haushalte, die heute ein Arbeitgeber haben haben, werden bald
seit und Geburt, kann nicht von seines wegen jedem Menschen
ausgenutzt werden. Wenn bei Widerstand von Stadt und Land
noch eisern sich unangetastet weiter führt, so zeigt das von seit
der Ausprägung gegeben, die Wirtschaft ist auf wachsender prakti
cher Basis „ihm verdankt“ kann.“

[View Details](#)

Mitgliederzahl von 3254 vor zwei Jahren, auf 2894. In dem Gebiete der behördlichen Lieferungen will der gute Erfolg erzielt haben. Herr Lischlerobermeister Mohr referierte über die Aufgaben des Handwerks. Sein Wort beschäftigte sich im wesentlichen mit den Submissionen. Ueber das Submissionssystem sprach ferner Herr W. Schmidts-Hasse. Bei Militärlieferungen haben möglicherweise ein gutes Stück Arbeit aus gutem Material liefern. solche Lieferungen periodische und kurzfristige wären, es nicht jeder Schmiedemeister kann entsprechen. Vor allen Dingen gehörten tüchtige Gesellen dazu. Diese gehen nach lohnendem Verdienst und halten nicht lange aus, wenn sie nicht permanent solche Arbeiten, auf die sie sich eingestellt haben, finden. Gremienschäfchen können hier helfen eingreifen ihren Mitgliedern lohnende Arbeiten verschaffen.

Die geplagten Arbeitgeber. In der "Dresdner Zeitung" machte ein Arbeitgeber seinem Gedanken recht gründlich durch folgende Ausführungen Luft:

"Wenn das Jahr seiner Reckenschaf begonnen hat, dann mußt du den Gewerbetreibenden von allen Seiten achtliche Pappe in Daug. Die Steuer, die Import- und Exportzölle, die Berufsschaffensabgabe,

Stentzelt mehr ist, besser, darüber kann man ja nichts ausrichten. Aber diese offizielle Arbeit hat schon manchen Erfolg erzielt, wenn sie den Deutschen davon, daß es nicht von vorn her ansetzen kann, sondern eine demokratische Politik wird, über die mancher Angelogenheiten begreift unter eventueller Voraussetzung Bütcher Freiheit und Plakatfreiheit zu müssen.

Es geht in unserem Jahrhundert die Politikpolitik weiter, ein gutes Bild kann es geben, aber sofern wir lieber von "Wurzeln", um als Arbeitgeber zu figurieren. Dass der Geschäftsmann nicht will, wie das Wirtschaften, ist bekannt; aber wo es jenseitig bringen soll, alle Einstellungen und Vorwürfe, heute für den Gewerbebetrieb und seine technischen Anstrengungen bestehen, im Kopfe zu haben, das hat noch kein Mensch gemacht. Wenn die Herren Geschäftsführer als Vorvorbilder und eigenen Rolle erfüllen, sie werden doch wohl erkennen, daß Verantwortende etwas zu tun haben. Und wo steht die Wiedererrichtung all das haben und wir die Gründen?

Die sucht man eigentlich unisono, denn diese Dinge "entstehen nur durch Erfordernisse der Zeit", wie sie aber in Wahrheit wahr, daß erkennen wie in dem klassischen Vertrag der lutherischen Deutschen die Staatsaufsicht, im gewordenen vom Gewerbebetrieb

Wohin in seinem Staat muß so viel für die lokale Gewerbeaufsicht und Gewerbearbeit machen, wie im Gewerblichen Deutschland? Und wenn der Arbeitgeber im Laufe des Raumes dann Gewerbeaufsicht tragen soll, so ist dies leicht, die muss in den Betrieben ohne Gewerbeaufsicht werden, aber das nicht tunne, dann erfordert es doch unbedingt, daß allen Gewerben, daß Problemen über Einzelheiten nicht und hat keinen Groschen Wunsch, die doch die Gewerbeaufsicht nur durch einen höheren Gewerbeausschuß entscheidend einbringen möge. Das zu bedenken, daß ein Arbeitgeber über einzelne Sachen der Betriebsverfassung verfügen sollte, ist leicht leicht, aber am Ende kann er doch nicht vornehmlich ein Interesse, die höhere Rücksicht auf die Gewerbeaufsicht haben kann, Gewerbeaufsicht und Gewerbe, kann nicht von Gewerbe wegen jedem Gewerbeunternehmen weichen. Wenn der Arbeitgeber von Gewerbe auf Gewerbe auf einer gewissen Stufe nicht befriedigt, muß er sich zu erholen, kann der Arbeitgeber schon einmal eine Gewerbeaufsicht auf Gewerbe auf einer gewissen Stufe nicht befriedigen, muß er sich zu erholen, kann der Arbeitgeber schon einmal eine Gewerbeaufsicht auf Gewerbe auf einer gewissen Stufe nicht befriedigen, muß er sich zu erholen,

Die "Oppositive Lappeler-Röling" glaubt verdeckt
zu mithelfen, daß sie diese Gedanken schon bei den verschiedenen
Gleichenheiten vorbringt habe.

1284 Stimmen. Die „Genossen“ erhielten 1905 526 Stimmen, jetzt 689. Im Jahre 1909 brachten sie allerdings bereits 761 Stimmen auf. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erzielten 1905 433, 1909 312 und jetzt 318 Stimmen. Die christlichen Gewerkschaften verloren zwei Beisitzer, einen an die Genossen und einen an die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Es wird Aufgabe der christlichen Gewerkschaftler Gelsenkirchens sein müssen, die Ursache der schlechten Wahlbeteiligung und ihres Stimmenrückgangs gründlich zu untersuchen. Mit den öfters gehörten Behauptungen, die christlichen Gewerkschaften hätten in Gelsenkirchen die Oberhand, stimmt die Tatsache ganz und gar nicht überein, daß im Jahre 1905 noch 325 Stimmen für die christliche Liste mehr abgegeben wurden, als für die sozialdemokratische und Hirsch-Dundersche Liste zusammen, im Jahre 1913 aber die Stimmenzahl 665 weniger betrug und die sozialdemokratische Liste allein noch 70 Stimmen mehr aufbrachte. — Bei der Krankenkasse ausschuswahl in Goddesberg gehen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammen vor. Es ist eine gemeinsame Liste aufgestellt. Da die Verhältniswahl besteht, mutet es mehr wie sonderbar an, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sich in dieser Weise bereitfinden, den „Genossen“ die Steigbügel zu halten.

Die Unfallverhütungsvorschriften der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft. Am 13. Juni fand in Berlin eine Sitzung statt zur Beratung der Unfallverhütungsvorschriften der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft. An dieser Sitzung nahmen außer dem Vorsitzenden und zwölf Vorstandsmitgliedern der Berufsgenossenschaft auch zwölf Vertreter der Versicherten teil, darunter auch ein Mitglied unseres Verbandes. Aus den umfangreichen Beratungen seien folgende Vorgänge erwähnt: Ein Versicherter beantragte, Frauenarbeit an gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen zu verbieten. Bei der Abstimmung ergab sich, daß zehn Arbeitgebervertreter für den Antrag stimmten und zwei mit den Arbeitgebern dagegen. — In den Sondervorschriften für Albrichtbobelmaschinen heißt es: „Es sind nur runde Messerwellen zulässig. Holzauslagen sind nicht gestattet.“ Zu dieser Vorschrift wurde von einem Versichertem beantragt, nur massive runde Messerwellen zu gestatten. Für diesen Antrag stimmten nur vier Vertreter der Versicherten; zwei stimmten dagegen und sechs enthielten sich der Abstimmung. Seit einigen Jahren hat die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft die Werkant-Messermesse verboten, aber mit einer abgerundeten Auslage von Eisen oder Holz gestattet. Nach den neuen Vorschriften sind auch die Holzauslagen nicht mehr gestattet. Nach den Berichten der Amtshilfsbeamten der Berufsgenossenschaft haben diese mit den Eisenauflagen ebenso gute Erfahrungen gemacht wie mit den massiven Wellen. Besonders beim Anbringen von Klehmessern hätten sich die Eisenauflagen praktisch erwiesen. Es wurde hervorgehoben, es könnte durch Lösen der Schrauben leichter ein Unglück geschehen als bei der massiven Welle. Die Berufsgenossenschaftsbeamten erklärten dagegen, daß derartige Unfälle wenig zu verzeihen seien. — Von besonderem Interesse war die Beratung über die Fürsorge für Verletzte (§§ 30 und 31 der neuen Vorschriften): „In jedem Betriebe ist mindestens eine Tasel, auf der die erste Hilfeleistung bei Unfällen allgemein verständlich beschrieben und durch entsprechende Abbildungen erläutert ist, an geeigneter Stelle auszuhängen. Die Tasel liefert die Berufsgenossenschaft unentgeltlich. In jedem Betriebe ist das notwendigste Verbandszeug vorrätig zu halten und gegen Verunreinigung geschützt, leicht zugänglich aufzubewahren.“ Von den Arbeitervertretern wurde vorgebracht, daß in sehr vielen Betrieben diese Bestimmungen unbeachtet blieben und deshalb eine schärfer Kontrolle notwendig sei. Darauf wurde vom Vorstand erwidert, die Arbeiter möchten beratige Betriebe dem Vorstand der Berufsgenossenschaft mitteilen; dieser würde dann für Abhilfe sorgen. — Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft hat für die Kontrolle der Betriebe bisher acht technische Beamte angestellt. Weitere Anstellungen sind in Aussicht genommen, wozu von den Versicherten die Anregung gegeben wurde, bei diesen Anstellungen Personen aus den Kreisen der Versicherten zu berücksichtigen.

Folgen der Sozialreform? Vom Arbeitgeberverband Unterelbe ließen sich die „Hamburger Nachrichten“ (Nr. 306) einen Klageartikel schreiben, der in bewegten Tönen das traurige Los der Industrie und den Leidern der Arbeiter schildert. Das Ausland befände sich in einer viel glücklicheren Lage. Gegenüber England sei die Verbesserung der deutschen Werften von etwa 3 Prozent im Jahre 1901 auf etwa 5 Prozent gesunken. Da aber in den seltensten Fällen bei dem internationalen Wettbewerb mit einem größeren Gewinn als 2 bis 3 Prozent gerechnet werde, ergobe sich, daß die englische Schiffbauindustrie bei den Abschlüssen zu gleichen Preisen mit 3 Prozent Gewinn arbeite, die deutsche aber mit 2 Prozent Verlust. Das Ausland könne, weil es nicht mit den hohen sozialen Lasten zu rechnen habe, billiger produzieren und sei deshalb konkurrenzfähig. Außer den Beiträgen zu den sozialen Versicherungen, mit denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften der Arbeiter hätten helfen helfen, wären ihre Werkstätten verbraucht durch den bedeutenden, geistig geforderten Raum für Wahl-, Kleidungs- und Aufenthaltsgelegenheiten. Die Anforderungen der Behörden verursachten den Arbeitgebern eine ungeheure Schreibarbeit. Die Einstellung eines Arbeiters erfordere 25 bis 30 Eintragungen. Der starke Wechsel der Arbeiter erfordere eine große Zahl von Beamten. Es sei bisher nicht bemerkt worden, daß die Sozialpolitik veredelt auf die Arbeiter eingewirkt habe. Zuverlässigkeit und Pflichttreue wären nicht gewachsen. Die gefüllten Gewerkschaftsauslagen gaben ständig Veranlassung, daß die Arbeit durch Arbeitsniederlegung und beständig austauchende neue Forderungen gestört würde. Durch verkürzte Arbeitszeit, Verweigerung der Überstunden und Nachtarbeit, suchten die Arbeiter den Betrieb nach ihren Wünschen einzurichten. Die gegebenden Körperschaften sollten in Zukunft etwas mehr Verständnis für die Folgen derjenigen Maßnahmen an den

Tag legen, die sie zum Wohl der Arbeiterschaft zu treffen beabsichtigten. Vorläufig scheine allerdings die Meinung vorzuherrschen, daß der Geldbeutel der Arbeitgeber unerschöpflich sei. — In dieser Art wird dann weiter gejammert. Da wäre es doch gleich richtiger, wenn der Arbeitgeberverband Unterelbe für die Bergesellschaftigung aller Unternehmungen nach soz. Muster eintreten würde. Wenn doch nichts zu verdienen ist, dann verstehen wir wirklich nicht, warum die Herren ihre Betriebe noch aufrecht erhalten. Das es Arbeitgeber gibt, die aus reiner Menschenfreundlichkeit bei ihren Unternehmungen dauernd Geld zusehen, ist kaum anzunehmen. Deshalb ist dem Geschreie auch keine allzu große Bedeutung beizumessen. Wenn allerdings berechtigte Wünsche des Arbeitgeberverbandes Unterelbe in bezug auf das Verhalten der Arbeiterschaft bestehen sollten, dann mögen die Herren einmal bei sich selbst eine Gewissensforschung abhalten. Wenn die Sozialdemokratie heute das Feld an der Wasserfront bald völlig beherrscht und ihr Einfluß nicht veredelt auf die Arbeiterschaft gewirkt hat, dann wird sicher der scharfmacherische Geist, wie er im Arbeitgeberverband Unterelbe vorhanden ist, in erheblichem Maße zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Im sonstigen ist es aber eine recht voreilige Behauptung, durch gefüllte Gewerkschaftskassen würden die Arbeiter veranlaßt, den Betrieb zu stören. Hält man die Arbeiter denn wirklich für solche Idioten, die um des Vergnügens willen streiken? Alle bisherigen Erfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung beweisen, daß dort das stärkste Verantwortlichkeitsgefühl vorhanden ist, wo die Gewerkschaftsleitungen die Verwalter großer Vermögen sind. Wenn die Herren vom Arbeitgeberverband Unterelbe der Arbeiterschaft Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen, dann müssen sie Schluss mit dem sog. Herrenstandpunkt machen und sich in vernünftiger Weise mit der Arbeiterschaft auseinandersehen. Hat man den ernstlichen Willen dazu, dann wird man auch finden, daß die Arbeiterschaft Verständnis für die Aufgaben und die Lage der heimischen Industrie besitzt.

Kämpfung der Arbeitslosigkeit. Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat an die größeren Bundesstaaten und Städte ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: Der Arbeitsmarkt steht zurzeit unter dem Zeichen einer schweren Depression; die Lage ist bei weitem ungünstiger als in den Vorjahren, so daß nach Einstellung der Bauarbeiten im kommenden Winter eine Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, wie sie an Umfang und Schärfe seit langen Jahren nicht vorhanden war. Bei den unterwürfigsten Folgerungen, die ein solcher Notstand zeitigt, glauben wir die Aufmerksamkeit bereits jetzt auf diese bedenkliche Entwicklung des Arbeitsmarktes lenken zu sollen. Bei früheren Krisen hat sich vielfach gezeigt, daß die Notlandschaften nach Vorberatungen, welche längere Zeit in Anspruch nahmen, erst eingeleitet wurden, nachdem die Depression ihren Höhepunkt erreicht hatte. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit gegebenenfalls genügend Arbeiten zur Milderung der Beschäftigungslosigkeit zur Verfügung stehen. Wir bitten daher, eine möglichst große Zahl geplanter Arbeiten und Aufträge schon jetzt für den kommenden Winter bereit zu stellen, damit der bevorstehenden Arbeitslosigkeit in hinreichendem Umfang rechtzeitig begegnet werden kann.

Der Arbeitgeber ist der wirtschaftlich Schwächere! Zu dieser Behauptung hat sich das Amtsgericht Augsburg in Sachsen versteigert, als es die Klage eines Spielwarenarbeiters gegen eine größere Firma abwies. Die Spielwarenfabrik Leonhardt GmbH. in Eppendorf macht die Einstellung der Arbeiter davon abhängig, daß sie nicht Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes sind und dieses unterschriftlich anerkennen. Wird die Mitgliedschaft bekannt, so erfolgt gemäß der Vereinbarung eine kündigungslose Entlassung. So erging es denn auch einem Arbeiter, der seine Mitgliedschaft zum sozialdemokratischen Holzarbeiterverband verschwiegen hatte. Er klagte dann auf Schadensersatz wegen kündigungsloser Entlassung. Der Revers der Firma verstoße gegen die guten Sitten und sei deshalb nichtig. Das genannte Gericht erklärte dazu, daß diese Behauptung nicht zutrete. Den guten Sitten würde es widersprechen, wenn die Firma durch Ausnutzung einer wirtschaftlichen Macht und Überlegenheit den Kläger und die übrigen Arbeiter zu der Vereinbarung gezwungen hätte. Eine derartige wirtschaftliche Überlegenheit besitzt aber im heutigen Wirtschaftsleben der Arbeitgeber über den Arbeiter nicht, am allerwenigsten über den organisierten Arbeiter. Gerade diejenigen, welche einem Arbeiterverband angehören, würden von diesem so gestärkt und unterstützt, und der Verband überweist einen solchen Einfluß auf die Unternehmer aus, daß nicht der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber der wirtschaftlich Schwächere sei. Dieser Begründung entsprechend war das Urteil. Der Arbeiter als der wirtschaftlich Stärkere konnte von dem Arbeitgeber sitzenwidrig nicht gezwungen werden. Und da kein sitzenwidriger Zwang vorschlag, mußte die Klage abgewiesen werden. Das Landgericht als Berufungsinstanz hat das Urteil bestätigt. Die Gründe des Amtsgerichtes hat es sich nicht zu eigen gemacht, sondern nur erklärt, daß der Tatbestand eines Betruges seitens des Arbeiters vorliege und deshalb seine sofortige Entlassung gerechtfertigt sei. Die Behauptung, daß der Arbeitgeber in Deutschland, und dazu noch in der erzgebirgischen Spielwarenfabrik, der wirtschaftlich Schwächere gegenüber dem Arbeitnehmer sei, ist jedenfalls solcher Art, daß sie ein allgemeines Kopfschütteln erregen wird.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die Freien Schärmacher. Auf dem Deutschen Handwerker- und Gewerbetag, der Mitte August zu Halle a. S. stattfand, verhandelte man auch über den Schutz der Arbeitwilligen. Der Geschäftsführer der Handwerkskammer Hannover, Dr. Wienbeck, erstattete ein Referat. Das Ge-

gebnis seiner Aussführungen fasste der Redner in eine Anzahl Leitsätze zusammen. Diese verlangen einen wirklichen geistlichen Schutz gegen den zunehmenden Missbrauch des Koalitionsrechtes. Der Missbrauch des Koalitionsrechtes zeige sich vor allem im Handwerk durch willkürliche Arbeits einschließung, verursacht durch Koalitionzwang, durch Bedrohung Arbeitswilliger, durch Verleumdung der Arbeitgeber usw. Die Überwachung der Betriebe würde immer häufiger ausgeübt und führe zu schwer wirtschaftlichen Schädigungen vieler Handwerksmeister. Alle bestehenden Gesetze hätten bis jetzt nicht ausgereicht, die zunehmende Bedrückung des selbständigen Handwerks und seiner „meistertreuen“ Gesellen zu verhindern oder wesentlich einzuschränken. Von einer Reform des Strafgesetzbuches oder aber Abänderung der §§ 152 und 153 der Reichsgesetze ordnung wolle der Reichstag nichts wissen. Es sei also für absehbare Zeit keine Besserung der Zustände zu erwarten. Der Handwerks- und Gewerbetag verlangt daher, daß das mit dem gewerblichen Arbeitsverhältnis verbundene Koalitionsrecht unter ein Sondergesetz gestellt wird. Dieses müsse bestimmen, daß Berufsvereine für ungerechtfertigte wirtschaftliche Schädigungen materiell haftbar gemacht werden. Das Streikposten stehen sei zu verbieten. Zu verbieten seien ferner Bekanntmachungen über das gewerbliche Arbeitsverhältnis, die dazu dienen, Ansehen und wirtschaftliches Fortkommen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu beeinträchtigen durch Flugblätter, Anschläge öffentliche Versammlungen und durch die Tagespresse. Den Handwerkerinnungen müsse die Befugnis zugesprochen werden, Arbeitsverträge nur durch Vermittlung des Gesellenausschusses abzuschließen. Den Gewerbekorporationen müsse das Klage- und Anzeigerecht bei Übertretungen zugestanden werden. Ein solches Gesetz müsse dann auch Bestimmungen enthalten, die den gesamten Mittelstand vor dem Boykott schützen, der mit politischen und kommunalen Wahlen zusammenhängt. — Die kleinen Schärmacher, die diese Resolution selbstverständlich einmütig annahmen, befanden durch solche Wünsche, daß sie an scharfmacherischen Forderungen hinter den Arbeitgebern der Großindustrie nicht zurückstehen. Vorläufig — und hoffentlich für alle Zeiten — werden ihre Gedanken fromme Wünsche bleiben, die nicht realisiert werden. Lebrigens scheinen die Vertreter der Handwerkskammern gar nicht zu wissen, daß auch heute schon Berufsvereine für ungerechtfertigte wirtschaftliche Schädigungen haftbar gemacht werden können.

Deutscher Stellmacher- und Wagnerverbandstag. Die Innungsmeister des Stellmachergewerbes hielten ihre diesjährige Hauptversammlung Mitte August zu Kassel ab. Die Mitgliederzahl des Verbandes Deutscher Stellmacher- und Wagner-Innungen ist auf über 2500 gestiegen. Herr Eischiemeister Kassel-Kassel hielt einen Vortrag über das Handwerk einst und jetzt. Er verlangte vor allem in seinen Ausführungen, daß die Handwerker Opfer für ihren Stand bringen müßten. Weitere Vorträge wurden gehalten über das Bindungswesen, die Regiebetriebe der Gemeinden, über das Unterrichtswesen und — was bald auf keiner Handwerkertagung fehlen darf — über die Aushebung des § 100 q der Gewerbeordnung. Der Referent zu letztem Punkte, Obermeister Kuppert-Altona, hob hervor, daß es für die Stellmacher in der Provinz unbedingt notwendig sei, daß den Innungen das Recht der Mindestpreissetzung gegeben werde. Wenn die großstädtischen Meister keinen Gebrauch von diesem Rechte machen wollten, so bleibe ihnen das anheim gestellt. Von anderer Seite wurde demgegenüber berichtet, daß eine Aufhebung des § 100 q vollständig wirkunglos, ja schädlich sei, wenn man nicht mit ihm die Gewerbefreiheit aufhebe. Daran aber könne gar nichts gemacht werden. Die Tagung der Stellmachermeister beschäftigte sich weiter mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises und einer Lehrstellenvermittlung. Der Referent zu diesem Punkt meinte, die Innungen müßten darnach streben, den Arbeitsnachweis zu leiten und zu beeinflussen. Nur dann werde der Arbeitgeber „Ruhe und Freude“ daran erleben. Der paritätische Arbeitsnachweis sei vollständig zu verwirfen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Deutschlands Holzexport 1912. Es wurden im Jahre 1912 an Rugholz aus dem Auslande nach Deutschland eingeführt 15,8 Millionen Kubikmeter im Schätzungsweise von mindestens 400 Millionen Mark. Die Ausfuhr an Rugholz belief sich im gleichen Jahre auf nicht ganz 1 Million Kubikmeter. Der Bedarf Deutschlands an ausländischem Rugholz steigt von Jahr zu Jahr. 1910 wurden 14,6 Millionen Kubikmeter eingeführt, 1911 15 Millionen und 1912 15,8 Millionen Kubikmeter.

Benz & Co., Rheinische Automobil- und Gasmotorenfabrik A.-G. in Mannheim. Die Verwaltung schlägt für das legale Geschäftsjahr eine Dividende von 12 Prozent vor. Außerdem befürwortet sie die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Millionen Mk. Der Abschluß ergibt einschließlich des Vortages von Mk. 1 007 094 (im vorjährigen Jahre Mk. 182 610) einen Gewinn aus Baten von Mk. 17 290 738 (11 928 132). Dagegen erforderten die Kosten, unter welchen zum ersten Male auch die neuzeitigen Betriebsanstalt in Gaggenau enthalten sind, Mk. 8 634 337 (Mk. 5 734 102), die Abschreibungen Mk. 2 363 255 (2 001 404). Daraus bleibt ein Brüngewinn von Mk. 6 288 145 (4 415 402), welcher folgende Berechnung finden soll: Für besondere Abschreibungen Mk. 1 900 000 (1 407 707), Gewinnanteile Mk. 749 930 (740 000), 12 Proz. Dividende Mk. 1 920 000 (1 200 000), für den Untersuchungs-Bestand Mk. 100 000 (90 000), für die Zöllesteuer Mk. 50 000 (0) und Vortag auf neue Rechnung Mk. 1 668 155.

Adressenveränderungen.

Weinheim (Baden). V. Wilhelm Wintersfeld, Marktplatz 10. Zahl in Baden. Reiseunterstützung wird hier nicht mehr aufgezahlt. Saffanfahrt. R. Leonhard Sebberger, Nr. 81, von 11 bis 1 Uhr. Wiedenbrück. V. Eduard Ollerpolz, Neustadt 2. Würzburg. V. Michael Müller, Fleischerstraße 12.

Abrechnung des Verbandes für das II. Vierteljahr 1913.

I. Hauptkasse,

A. Sintnahmen und Ausgaben.

a) Einnahmen:		M
1. Beiträge von Einzelmitgliedern	394,86	
2. Bezugsgelder und Anzeigen	215,46	
3. Zinsen	467,19	
4. Berlepschspende	17,10	
5. Schriften und sonstige Einnahmen	878,20	
6. Von den Zahlstellen eingesandt	61081,67	
Insgesamt:		63053,96
b) Ausgaben:		
1. Reiseunterstützung	4,—	
2. Mahlregelungsunterstützung	320,—	
3. Umzugsumunterstützung	192,50	
4. Arbeitslosenunterstützung	30,—	
5. Streife, Ausperrungen	24124,77	
6. Rechtschutz	2,50	
7. Krankenunterstützung	131,59	
8. Militärunterstützung	57,50	
9. Werbekosten	6726,11	
10. Gehälter	2190,—	
11. Verbandszeitung	6855,05	
12. Polnische Zeitung und „Aufwärts“	82,90	
13. Postgebühren	501,83	
14. Drucksachen	1441,—	
15. Stempelanfertigung	72,30	
16. Zeitungen, Zeitfrüchten	63,52	
17. Bureaubedarf, Umzug u. Reisefreizeitungen	6080,14	
18. Versicherungen	1025,30	
19. Berlepschspende	508,90	
20. Beiträge zum Gesamerverband	1200,—	
21. Gesellschaft für Soziale Reform	50,—	
22. Würter und Schriften	213,40	
23. Vorlässe an die Zahlstellen	610,—	
24. Sitzungen, Konferenzen usw.	880,55	
25. Bureauhülse	361,25	
26. Sonstige Ausgaben	534,66	
Insgesamt		54259,77
Recheneinnahme		8794,21
Bestand vom I. Quartalsjahr 1913		642817,03
Bestand für das III. Quartalsjahr 1913		651611,24

B. Bildung a) Einnahmen

Right 1912

Beiträge vom 1. Quartaljahr 1912	64017,00
Aufnahmegergebührten	791,75
Beiträge bei den Zahlstellen	128405,25
Beiträge bei der Hauptkasse	394,36 128799,61
Einnahmen der Hauptkasse Nr. 2—4	699,75
Berücksichtige der Hauptkasse	610,—
Schäften u. sonst. Einnahmen b. d. Zahlstellen	2790,08
Schäften u. sonst. Einnahmen b. d. Hauptkasse	878,20 3668,28
Saldo für das III. Quartaljahr 1913	891,11
Summe:	778277,53

II. Ortskassen.

Cineplex

Betrag vom I. Beitragsjahr 1913	132787,44
Durchbeiträge und Anteile an den Beiträgen	36332,58
Freiwillige Beiträge	371,90
Bücher und Schriften	172,35
Schenken nach landl. Gewohnheiten	1477,32

Transferred: 12/14/2019

Zur Abrechnung

Bei der Überprüfung mussten die maßgebenden Ziffern
überprüft werden, weil die Überprüfungsvorlage nicht jedig
stehen: Gossau, Gossau, Wettwiler, Zihls, — St. Gallen,
— Rapperswil, Sankt Peter, Wettwiler, — Zürich — Winterthur

Zwei tüchtige Holzbildhauer auf längste Zeit leistet gewußt.

**Geri Salzegel, Bildhauermeister,
Erlangen, Schäfferstraße 103.**

älterer Tischlergeselle,

Das Schrifttum kann zweckmäßig später darüber
Kommunikation werden.

Überall kann man hören

Die Woche „Der Freidliche Spielder“ hat keine Schauspieler und Regisseure für jeden Spielder zu tun. Über die Gedanken führt über 1000 Beiträge, 54 von mir 3 verschiedene Lieder mit 2 verschiedenen Melodien führt von Bl. 12 - 14. Ich habe hier zu verwendende Bilder in Bl. 1. - einzulegen. Das verhindert machen will, wenn jedoch diese Zeichnungen etwas aussehen möchten, so müssen diese bei Zeichnungen und nicht verhindern. Dann könnte die gewünschten Schauspielereien und die Bilder auch leicht aus der Spielder-Schau. Durch

**Staatlich unterstützte städtische Fachschule
für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.**

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch.- u. Körperberech., gesetzl. Gesetzeskde., Stil- u. Formenl. Mat., Werkz., Maschinenkde., Freizeitkde., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTERPRÜFUNG vor. Meistersstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis im Betrieb oder zur Verf. ANMELDUNGEN: ANTRÄGE sind zu richten.

PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung,
an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf

346 & 350.
Babu and his son

Eingelegte Garniere für Röntgen, Endoskopen und Fällungen.

Möbelschreiber nach Frankreich

20—30 Möbelmöbel für Großfirma nach Mittelfrankreich gesucht. Dauernde Arbeit. Allord Garantierter Kindeslohn 6 Fr. täglich. Reisekosten nach Ankunft erstattet. Deutscher Sprachkenntnisse vorhanden.

Société du Meuble Massif
82, Rue des Archives.

Kollegen die nach Frankreich zu reisen gedenken, wollen sich mit der „Christlichen Erwachsenenbildung“ in Paris in Verbindung setzen.

Wheatley

**Syndicat chrétienne
Boulevard de Grenelle 96
(Hotel Violet)**